

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 M.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 8. Juni 1901.

Inserate die dreispaltige Petitzeile über deren Raum 50 M.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Suttpolstraße Nr. 9.

Inhalt: Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie. — Aus der Schweiz. — Die Maßregeln der deutschen Handwerkskammern gegen die Lehrlingszucht. — §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung in Baden. — Der 16. belgische Metallarbeiterkongress. — 5. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Feuilleton: Technische Uebersicht: Vervollkommnung im Lokomotivenbau. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An sämtliche Filialen des Zentralarbeitsnachweises der Feilenarbeiter Deutschlands. — An die Ortsverwaltungen des D. M.-B. der Provinz Schlesien und Posen. — Rundschau. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Bauschlossern nach Solingen;
- von Drehern nach München (Heilbronner) R.;
- von Feilenbauern nach Brandenburg a. Havel (Stabisch), nach Giesfeld (Zimmermann) H., nach Grakwede (Artois) D., nach Düsseldorf, nach Hamburg und Harburg Str., nach Straßburg (Grünberger) L., nach München (Nobel u. Ko.);
- von Feingoldschlägern nach Dresden, Nürnberg (besonders von der Werkstatt v. Mürtel, Schulgasse 44) und Schwabach (besonders von der Werkstatt M. Wätner);
- von Formern nach Aßersleben (Maschinenbau-N.-G.), nach Essen a. d. Ruhr (Etern) D., nach Freising in Bay. (Schülein), nach Lollar, nach Niederschlema i. S. (Töle) R., nach Heilbronn (Boje u. Ko.) L. R., nach Rothaus (R. Welt), nach Heidenfels-Lambrecht (Semmer);
- von Klempnern (Maschinen, Spenglern) nach Danzig L., nach Harburg a. Elbe L.;
- von Maschinenbauern nach Frankenthal (Bettinger u. Balke) Str., nach Heidenfels-Lambrecht (Semmer), nach Juhl (Koch);
- von Metallarbeitern nach Dresden (R. M. Seifert, Chemnitzerstraße), nach Frankenthal (Bettinger u. Balke) Str., nach Köln-Gündenthal (R.-L. Metallwerke) H., nach Pletshan (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik A. Vespigny), nach Aur-Godau (Korenz u. Ko.) H., nach Bremerhaven (G. Seebeck), nach Niederselitz (Elektrizitätswerke, A.-G., vorm. D. L. Stummer u. Ko.);
- von Metallschlägern nach Tschhausen L.;
- von Nadelmachern nach Chemnitz-Pappel;
- von Schleifern nach Köln-Gündenthal (Köln-Gündenthaler Metallwerke) H.;
- Schlosser und Maschinenbauer nach Görlitz (Schulz und Geißler) H., nach Niesky bei Görlitz (Maschinenbau-N.-G. Niesky vorm. Christoph) H.;
- von Schmiedern nach Schönebeck a. E. (Knip u. Beunen, Hufeisenfabrik);
- von Werftarbeitern nach Bremerhaven (G. Seebeck).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhanpt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Nichtstand; R.: Lohn- oder Akkordreduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

Eine eingehende und übersichtliche Darstellung der gegenwärtigen Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie ist sehr schwierig, so schwierig, wie die Schilderung des gesamten Wirtschaftslebens überhaupt. Man könnte sagen, es geht im wirtschaftlichen Leben Alles drunter und drüber, es fehlt jede Einheitlichkeit der Gestaltung, weswegen auch alle Situationsberichte voller Widersprüche sind.

Fest steht, daß wir noch immer in der Krise stehen, die vor Jahresfrist ihren Anfang nahm und daß eine neue Aufschwungs- und Prosperitätsperiode jene noch nicht abgelöst hat und voraussichtlich auch nicht so bald ablösen wird. Mangel an Aufträgen und daher Mangel an Arbeit, Betriebseinschränkungen und Betriebssperren, Arbeitslosigkeit und gedrückte Arbeitslöhne und auch vielfach gedrückte, d. h. redu-

zierte Preise sind heute ebenso noch vorhanden, wie im vorigen Jahre. So liegen die Dinge im Allgemeinen, insbesondere aber in der Metall- und Maschinenindustrie, Textilindustrie, in den Baugewerben, graphischen Gewerben usw. In der Metall- und Maschinenindustrie hat der seit Beginn der Krise in empfindlichster Weise wirksame Interessengegensatz zwischen Rohstoffproduzenten und Konsumenten, d. h. den Weiterverarbeitern, sich noch mehr verschärft und die Lage noch ungünstiger gestaltet. Für Ganzfabrikate sind die Preise gesunken, für Roheisen und Kohlen bestehen aber die Prosperitätspreise in unveränderter Höhe fort, und es zeigen auch die betreffenden Syndikate keinerlei Entgegenkommen. Soweit die weiterverarbeitenden Unternehmer nicht durch Verträge mit den Syndikaten gebunden sind, haben sie sich durch Einfuhr ausländischer Rohstoffe beholfen, worauf auch die Zunahme des Imports an englischen Roheisen zurückzuführen ist. Die Rücksichtslosigkeit gegen die Besteller, die bekanntlich vielfach durch falsche Vorspiegelungen zu großen Aufträgen veranlaßt wurden, geht so weit, daß die nicht abgenommenen Mengen in sogenannten Zwangsverkäufen veräußert werden. So wurde Anfangs Mai aus Dortmund berichtet: „Zu ganz umfangreichen Zwangsverkäufen in Eisen und Kohlen kommt es wieder in den nächsten Tagen. In Rombach gelangen am 4. ds. Mts. 666.000 Kilogramm Knüppel in Thomasslußeisen gewöhnlicher Handelsqualität zur Versteigerung. An demselben Tage sollen auf dem Bechenplate der Zeche Concordia bei Kupferdreh 290 Tonnen Förderkohlen genannter Zeche und 230 Tonnen Förderkohlen der Zeche Joseph versteigert werden, außerdem noch 50 Tonnen Förderkohlen der Zeche Prinz Friedrich. Derartige Selbsthilfeverträge sind immer ein bedenkliches Zeichen und nicht dazu angethan, die Lage zu verbessern. Ein Entgegenkommen auf beiden Seiten würde für beide Theile vorteilhafter sein. Die Händler warten nur auf solche Gelegenheiten, um ihren Bedarf zu decken, kommen aber ihren eigenen Abnahmeverpflichtungen in vielen Fällen nicht nach.“ Von solchen Zwangsverkäufen wird seit Monaten von allen Seiten her berichtet. Ein Entgegenkommen der Lieferanten im Sinne der Reduktion der bestellten Menge oder der Reduktion des bei der Auftragserteilung vereinbarten Preises könnte solche Vorgänge leicht verhindern. Insofern nicht die Arbeiter dadurch direkt oder indirekt geschädigt werden, können wir diesen häßlichen Zwistigkeiten und Neiderereien der Kapitalisten untereinander mit aller Gemüthsruhe zuschauen und uns darüber nur freuen, wenn die Einen von den Andern mit derselben Schroffheit und Rücksichtslosigkeit behandelt werden, mit der sie All. ihrerseits die Arbeiter behandeln. So bekommen sie doch am eigenen Leib die Brutalität des Kapitalismus zu fühlen. Uebrigens wurde kürzlich von der Köln. Volksztg. berichtet, daß ein großer Theil der in Nothlage befindlichen Fuddelwerke und Gießereien beabsichtige, das Roheisen-Syndikat auf Annullirung der Lieferungsverträge für 1901 zu drängen, dies unter Führung eines beteiligten größeren westhällischen Werkes und unter Hinzuziehung eines namhaften Rechtsfachverständigen.

Uebrigens liegt zu der Frage der Reduktion der Preise für frühere Bestellungen ein interessanter Beitrag von anderer Seite vor, der zeigt, wie mannigfach die Unternehmerinteressen sich kreuzen. Das Drahtstiftsyndikat sah sich in Folge des überaus schlechten Geschäftsganges schon im vorigen Jahre gezwungen, die Produktion um 60 Proz. auf 40 Proz. zu reduzieren, also um mehr als die Hälfte. Das Walzdrahtsyndikat befand sich wohl in der gleichen ungünstigen Geschäftslage und reduzierte seinerseits die Drahtpreise von 180 auf 150 Mf. per Tonne und nun jammerten die Stiftfabrikanten, daß sie noch Draht zum alten Preise verarbeiten müßten, durch die Reduktion des Drahtpreises nun aber auch die Stiftpreise gedrückt und sie dadurch schwer geschädigt würden. In der That setzte das Drahtstiftsyndikat den Preis für einen Doppelzentner Stifte von 20,50 Mf. auf 17,50 Mf. herab.

Derartige Vorgänge sind nun einmal die unfehlbaren Begleiterscheinungen jeder Krise, wie anderseits beim Eintritt eines Aufschwunges die aus billigerem Rohstoff hergestellten Fabrikate zu den neuen höheren Preisen verkauft und so dabei Extragewinne gemacht werden. Mit diesen Schönheiten ihrer Wirtschaftsordnung sollten sich die Kapitalisten mit weiser Resignation abzufinden wissen, oder sich andernfalls den Gegnern dieses unvernünftigen Produktionssystems zugesellen. Uebrigens ist in diesem Jahre in der Geschäftslage der Drahtstiftindustrie eine Besserung eingetreten und bereits der Preis für den Doppelzentner Stifte um 50 Pfennig wieder erhöht worden. Die Drahtstiftindustrie ist nach bezüglichen Marktberichten gegenwärtig mit reichlichen Aufträgen versehen und da fortwährend noch weitere Aufträge eingehen, wird wieder mit vollem Betrieb gearbeitet.

Eine Besserung ist mit Eintritt des Frühlings, wie dies als selbstverständlich zu erwarten war, auch bei anderen Industrien eingetreten, namentlich bei den verschiedenen Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie. Dieselbe dürfte aber nur vorübergehend und zu einem großen Theil auch nicht direkt fühlbar sein, weil überall umfangreiche Vorräthe vorhanden sind und der neue, unmittelbare Bedarf aus denselben gedeckt wird. Die eingetretene Besserung mit ihrer lebhafteren Geschäftsthätigkeit hat allerdings, wie dies im Jastronschen „Arbeitsmarkt“ durch die Krankenkassenstatistik nachgewiesen wird, zu einer Vermehrung der Zahl der beschäftigten Arbeiter geführt, allein da mit dem Eintritt des Frühlings auch die zahlreichen Saisonarbeiter sich einfänden, so hat das Verhältniß von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage eine für die Arbeiter sogar noch ungünstigere Gestaltung erfahren, indem nach der Arbeitsnachweisstatistik im Monat April auf 100 offene Stellen 141,4 Arbeitjuchende kamen gegen 122,2 im März und gegen 93,4 im April 1900. Die Gegenüberstellung der beiden Aprilzahlen läßt den ganzen Umfang und die ganze Tiefe der seitdem eingetretenen Wirtschaftskrise erkennen.

Zu einem fachmännischen Berichte über den Stand des niederrheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlmarktes Ende April heißt es u. A.: Belebt hat sich namentlich das Geschäft in Trägern und Stabstählen, worin einzelne Werke sehr viel zu thun haben, jedoch sie längere Lieferungsfristen fordern müssen, wenn auch die künftigen Dimensionen überall auf Lager sind und in wenigen Tagen effektuirt werden. Gebeßert hat sich auch die Nachfrage nach Röhrenstreifen und Bandstählen, doch fehlt es hierin noch meist an voller Beschäftigung. In Walzdraht finden die Abhändler schnellere Abwicklung und die Konsumenten mehr zum Verkauf. Grobbleche finden willige Käufer, nachdem der Preis für Konstruktionsplatten ermäßigt ist und das Syndikat eine längere Stetigkeit der jetzt geltenden Preise verwirgt. In Siederöhren hat sich der Absatz gehoben, dagegen stockt er für Gasrohre noch sehr, mit fortschreitender Bau-thätigkeit rechnet man aber auch hierfür auf baldige Belebung. In gußeisernen Röhren hat das neugebildete Syndikat umfangreiche Abhändler noch nicht erzielt, weil von den Werken vor Jahresfrist viele Orders hereingenommen sind. Ungleichmäßig beschäftigt sind Maschinen- und Kesselfabriken, mehr Arbeit liegt vor für den Brücken- und Maschinenbau. In Eisenbahnmateriale wird von der Befugnis der preussischen Staatsbahnverwaltung, vorzuliefern, wenig Gebrauch gemacht werden, weil eiligere Aufträge für Gruben- und Kleinbahnwege zu effectuiren sind. Auch in der Kleinmaschinenindustrie zeigt sich mehr Leben, namentlich für Drahtstifte und Solinger Artikel, sowie Schmiedestücke, doch wollen sich für andere Artikel die Preise noch nicht auf die Höhe der Selbstkosten erheben, wenn sie auch im Auslande höher sind und durch Exportprämien weiter aufgebessert werden.

Nennlich, aber eher noch ungünstiger, liegen die Verhältnisse im Siegerlande und in Oberschlesien. Im Siegerlande seien nach einem Uebersicht

stellenweise entlassene Arbeiter wieder eingestellt worden und zwar speziell in Feinblechwalzwerken, in denen bei etwas geherrschten Preisen zum Teil wieder voller Betrieb herrscht. Und dann heißt es in dem Berichte weiter: In Stabeisen liegen dagegen die Preise wie die Beschäftigung noch flau. Die Lieferungen in Halbzeug erfolgen reichlich. Die offiziellen Preise werden sehr unterboten, so sind z. B. vorge- malzte Blöde bis zu 85 Mk. die Tonne (bei 102 Mk. Syndikatspreis) verkauft worden. Die zuletzt be- fannt gewordenen auswärtigen Zwangsverkäufe zeigen allerdings bessere Preise bei reger Beilegung, da bei einzelnen Werken, die i. B. vom Halb- zeugverband nicht genügend bekommen konnten die alten Abstände zu Ende gehen. Die Eisengießereien haben weniger gutes Geschäft; abgesehen von ein- zelnen größeren Aufträgen in Walzen ist die Be- schäftigung sehr flau, die Preise für Walzen sind in kurzer Zeit erheblich gefallen. Die Maschinenfabriken, auch die größeren, klagen über Mangel an Aufträgen, die Arbeit wird inzwischen knapp. Das Gleiche ist von Eisenkonstruktionswerkstätten und Kesselabriken zu sagen. Die Preise sind unlohnend, sogar bei An- setzung der niedrigsten Tagespreise für die Ma- terialien. Eine Aufbesserung hat sich in diesen letzten Zweigen der Eisenindustrie bisher nicht gezeigt. Im Allgemeinen ist noch zu sagen, daß Arbeiterentlassungen nicht mehr vorgekommen, wohl aber inzwischen in fast allen Betrieben Lohnreduktionen vorgenommen worden sind.

Sehr bemerkenswerth ist, daß die geringste Besserung der Geschäftslage sofort mit einer Preiserhöhung quittiert wird. Die Gelüste zu neuen Preiserhöhungen bleiben demnach auch in der Krise immer aktiv. So beschloß die Mitte April in Olmitz stattgefundene Generalversammlung der vereinigten ober-schlesischen Walzwerke, nachdem eine nennenswerthe Besserung des Beschäftigungsgrades aller Werksbetriebe bei steigender Nachfrage vom In- und Auslande konstatiert worden war, eine Preiserhöhung um 5 Mk. per Tonne. Mit der Wiedererhöhung reduzierter Ar- beitslöhne geht es bekanntlich nicht so schnell, da muß jeder Pfennig erst erkämpft werden.

Bemerkenswerth ist ferner die Zunahme der Produktion trotz der Preise. So wurden im Saar- und Moselgebiet in den ersten vier Monaten des lau- fenden Jahres 998,378 Tonnen Roheisen erzeugt gegen 989,105 Tonnen in der gleichen Zeit des Vor- jahres; die Zahlen betreffend die gesammte Roheisen- produktion Deutschlands liegen uns augenblicklich nicht vor, doch ist sehr wahrscheinlich, daß sie eben- falls in diesem ersten Jahresdrittel etwas größer waren als in dem vorjährigen. Dagegen scheint die Roheisenproduktion zurückgegangen zu sein. Sie be- trug im Rayon des rheinisch-westfälischen Kohlen- syndikats in den vier Monaten um 16,738,221 oder 9,10 Proz. weniger als die Beteiligungsziiffer be- trug gegen nur 9,158,121 oder 5,19 Proz. Winder- förderung in der gleichen Periode 1900. Dagegen lag die Stahlfabrikation um rund 68,000 Tonnen auf 2,514,086 Tonnen.

Schwankend waren in den letzten Monaten auch die Börsenkurse der Industrieaktien, dabei aber durchwegs niedriger als in der guten Zeit. So no- tieren in Berlin:

Technische Uebersicht.

Bervollkommnungen im Lokomotivbau.

Inner allgemeiner verbreitet sich in unsrer Tagen die Ansicht, daß die Technik eine Wissenschaft ist. Und so ist sie; wie jede Wissenschaft, vor allen Dingen Mittel zum Zweck, den Menschen auf den Gebieten des Körperlichen und geistigen Fortschrittes die Wege zu ebnen; zu welchen Zielen, — das zu erkennen ist die letzte Auf- gabe der Philosophie. Die verschiedenen Wissenschaften ordnen sich nun abwechselnd einander unter, und so hilft auch z. B. die Technik der Physik, indem sie dieser feinere und bessere Apparate konstruirt, bald die Physik der Tech- nik, indem sie mit Hilfe dieser Apparate neue Gesetze entdeckt, die sich durch die Technik für die Bequemlichkeit des Lebens verwirklichen lassen.

Die unterste Stufe in dieser Reihe von Mitteln nimmt, genau genommen, die Verkehrrsmechanik ein. Eine gute und schnelle Verbindung ist die erste Be- dingung für alle Entwicklung. Die Eisenbahn also ist im Mechanismus der Zivilisation das, was der Blase- balg an der Orgel ist: das Lebensadler, aber dafür das Unentbehrlichste! Und das Vervollkommen des letzten Aufwandes läßt gerade in der jüngsten Zeit die Techniker aller Länder ihr Hauptaugenmerk auf die Bervollkom- mung der Bahnen richten. Dennlich ist das zu erkennen aus der ungeheuren anwachsenden Literatur, die sich namentlich an die Pariser Weltausstellung knüpft.

Obgleich sich die Elektrotechnik kräftig rührt, so ihre Ueberlegenheit auf dem Gebiete des Lokomoti- vbetriebs zu betonen, sind es vornehmlich doch noch die Dampflokomotiven gewesen, die auf der Aus- stellung ein erhöhtes Interesse in Anspruch nahmen, be- sonders die Stahlschlokmotiven. Zur Erhö- hung der Fahrgeschwindigkeit ist vor allen Dingen das Anbringen einer entsprechenden Dampf- menge notwendig. Denn je schneller man fährt, um so mehr Widerstand des Dampf werden verdrängen. Eine Vergrößerung der Heizfläche, d. h. der Heiz- fläche, ist auf der einen Seite die beste Gener-

Metallgesellschaften	Mitte Mai	Ende Dezbr.	
1901	1900	1899	
Annener Gußstahlwerke	125.—	111.—	150.10
Hochener Gußstahlfabrik	196.90	181.50	260.30
Eisenhütte Thale	101.50	101.—	127.50
Gelsenkirchener Gußstahlwerk	127.—	131.25	207.25
Hagener	86.—	87.75	125.—
Königs- und Laurahütte	213.50	201.50	253.50
Saafhammer	110.80	107.75	135.10
Ober-schlesische Eisenindustrie	120.25	124.25	184.—
Westfälische Stahlwerke	168.—	164.—	223.—
Wittener Gußstahlwerk	193.25	182.50	239.—
Armaturenfabrik Strube	69.—	80.50	107.40
Gotthard-Maschinenfabrik	95.50	104.75	130.10
Dürkopp-Wiesfelder Masch.-Fabr.	186.50	211.—	213.75
Sörliger Eisenbahnmaterialfabrik	243.50	231.50	256.—
Durlacher Masch.-Fabrik (Griener)	159.—	170.50	193.—
Seitzer Maschinenfabrik	253.50	241.50	262.25

Nach dem Vergleich hatten die Papiere verschie- dener Unternehmungen Mitte Mai den Kurs von Ende Dezember 1900 überholt, andere aber sind noch weiter im Kurse gesunken; die Kurshöhe von 1899 hatte kein einziges Papier wieder erreicht.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist für die Arbeiter wie seit Beginn der Krise die beste Lauffit „Gewehr bei Fuß“, womit immerhin nicht gesagt sein soll, daß ausnahmsweise günstige Situationen nicht auch abweichend gewürdigt werden können.

Aus der Schweiz.

Zu dem ersten Streik der schweizerischen Eisen- bahner im Jahre 1896 hat sich in der ersten Hälfte des wunderschönen Wonnemonats 1901 der erste Streik schweizerischer Eisenbahn-Werkstätten- arbeiter gestellt; handelte es sich bei jenem um die Nordostbahn, so bei diesem um die Gotthardbahn. In den Werkstättenarbeitern haben wir es mit Metall- arbeitsern, mit Kollegen zu thun; aber diese gehören nicht dem schweizerischen Metallarbeiter-Verband als Mitglieder an, sondern der Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten, die auch noch andere Kategorien von Eisenbahnarbeitern umfaßt.

Der Streik unserer Kollegen war indeß nur von kurzer Dauer; er brach am Montag, den 7. Mai, aus und endigte am Mittwoch, den 9. Mai, so daß am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Die Bewegung erstreckte sich auf die Werkstättenarbeiter, sowie auf die Arbeiter in den Maschinendepots, hier speziell auf die provisorisch angestellten Feizer und auf die Orte Bellinzona, Biasca, Göschenen und Erstfeld. Ueber die Zahl aller Beteiligten ist eine genaue Mit- theilung nicht gemacht worden, doch betrug sie wohl weit über 500.

Den unmittelbaren Anstoß zu der Bewegung hatten die in der Hauptwerkstätte in Bellinzona seit Wochen erfolgten Arbeiterentlassungen wegen angeblichem Mangel an Arbeit gegeben, wobei aber auffallender Weise die in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbe- wegung thätigen Genossen, worunter solche, die schon 5—8 Jahre zur Zufriedenheit an ihren Plätzen ar- beiteten und wovon mehrere verheirathet sind, besonders betroffen wurden. Bis zum 5. Mai waren 47 von etwa 500 Arbeitern und Lehrlingen entlassen und an-

gese, auf der anderen das Wasser durch das Eisen des Kessels berühren, wird daher angepreßt. Leider ist der Kesseldruck in dieser Hinsicht sehr behindert, erstens durch die verhältnismäßig fanglose Bemessung des freien Durchgangsprofils und zweitens durch die Forderung einer leichten Beweglichkeit der Lokomotive in Erümmungen. Beim letzteren Hinder- niß hat man sich durch Anwendung des Drehgestells geholfen, das die bequeme Einstellung sehr langer Fahr- zeuge auf Krümmungen ermöglicht. Es sind dreierlei Arten von Drehgestellen zu unterscheiden: mehrere Laufachsen in einem drehbaren Rahmen, eine drehbare Laufachse verbunden mit einer ver- schiebbareren Zwickachse, und vollkommen ge- trennte Zwickmechanismen mit Pfändern und allem in zwei getrennten Gestellen untergebracht. Nachher unmöglich ist es dagegen, in der Quer- und Höhenrichtung eine weitere Ausdehnung zu er- zeichnen, da der Umbau sämmtlicher Eisenbahnstrecken auf einen größeren Durchgangsquerchnitt mit unerhörten Kosten verknüpft sein würde. Die Größe der Heizflächen, die man dieser Hinderung erzielt hat, geht bis zu 300 Quadratmeter, während die zugehörige Kesselfläche ebenfalls wachsen mußte und zwar bis zu 6 Quadratmeter. Doch liegt in dem Bestreben, den Kessel zu erweitern, fast eine noch größere Schwierigkeit, denn hierbei ist man so- wohl in der Länge als in der Breite richti- gung gefesselt. Eine Länge von über 2,5 Meter verbiethet sich durch die Unmöglichkeit der Bedienung, und die Breite wird durch das Rahmengerüst begrenzt, das die ganze Maschine zu tragen hat und zwischen den Achsen liegt, also noch wesentlich schmaler ist als die Spurweite. Und nur eine Erweiterung dieser Maße hier helfen. Daß eine solche allgemeine Uawandlung aber nicht auf einmal durchgeführt werden kann, ist ein- zusehen. Doch wird in kürzerer oder längerer Zeit ein- mal der Anfang gemacht werden müssen. Ein Mittel ist noch, namentlich in Belgien und demnächst wahr- scheinlich auch an einigen Güterzugmaschinen in Preußen, zur Bervollkommen des Kessels in Anwendung gekommen.

diesem Samstag waren abermals 15 Kündigungen erfolgt. Nachdem die Arbeiter vorher schon dagegen Stellung genommen und den Vorschlag auf entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit gemacht hatten, damit aber kein Gehör fanden, so stieg nun die Erregung unter ihnen aufs höchste. Mai veranstaltete sofort eine Ver- sammlung und rief dazu telegraphisch den General- sekretär des Verbandes, Paul Brandt in Winterthur, herbei und es wurde beschlossen, einen neuerlichen Versuch bei der Werkstättenleitung in Bellinzona mit dem Vorschlag der Arbeitszeitreduktion von 10 auf 9 Stunden zu machen und dafür keine weiteren Ent- lassungen vorzunehmen. Allein auch dieser letzte Schritt war erfolglos, worauf dann die Arbeit eingestellt wurde.

Wie bemerkt hatten die Entlassungen nur den unmittelbaren Anlaß zur ArbeitsEinstellung gegeben; eine tiefgehende Unzufriedenheit war unter den Arbeitern schon seit längerer Zeit vorhanden. So hatten sie bereits im Juli 1900 eine von mehr als 400 Unter- schriften bedeckte Eingabe an die Werkstättenleitung um eine Neuregelung der Lohnverhältnisse gerichtet; aber erst Ende Februar und auf wiederholte Reklamation des Zentralkomitees erfolgte eine Antwort in der Form eines fertigen neuen Lohns, zu dessen Aufstellung kein Arbeiter oder Arbeitervertreter herangezogen, so daß er ausschließlich Bureauarbeit war. Waren die Arbeiter schon unzufrieden wegen der ungebührlich und rücksichtslos langen Verschleppung der Angelegenheit, so nun auch über die selbstherrliche Art der Erledigung derselben und endlich auch darüber, daß die von der Direktion gemachten Zugeständnisse äußerst bescheidene waren, die überdies nur einer kleinen Zahl von Ar- beitern zu Gute kommen sollten, während alle anderen Arbeiter bezüglich weiterer Lohnreduktionen nach wie vor dem bloßen Gutdünken der Gnade der Vorgesetzten anheimgegeben worden waren. Neue bezügliche Vorstell- ungen bei der Direktion blieben ohne Erfolg; sie lehnte das Verlangen ab, die Arbeiterkommission zur Besprechung der neuen Lohnordnung zu empfangen und über diese selbst meinte sie, „daß sie wohl erwogen und die Lohn- verhältnisse der Werkstättenarbeiter in Bellinzona der- artige seien, daß die übrigen Arbeiter der gleichen Gegend mit denselben wohl zufrieden wären.“ Die Arbeiter waren dieser Meinung nun nicht, aber sie fügten sich der kapitalistischen Diktatur in Luzern und entschlossen sich erst zu energischen Schritten in Folge der Arbeiterentlassungen, die zu einem großen Theile Maßregelungen organisirter Kollegen waren. Diese Arbeiterentlassungen hatten auch noch einen anderen, rein plutokratischen Grund. Man will alle nicht ab- solut notwendigen Arbeiten unterlassen, um an den Aus- gaben zu sparen und dadurch den Reingewinn zu er- höhen, um dadurch die Aktionäre mit einem glänzenden Sahresergebniß zu erfreuen, aber um dadurch ferner auch bei der bevorstehenden Eisenbahnverstaatlichung einen um so höheren Verkaufspreis zu erzielen, da der Reinertrag die Grundlage zur Berechnung des Verkaufs- preises bildet. Es handelte sich also dabei um eine ganz schändliche goldhungrige Spekulation des Kapitals auf Kosten der Arbeit.

daß man diesen nämlich mit seinem Neben höher als die Stahnenoberante legt und die Feuerkiste nebst Kessel seitlich darüber hinauszieht.

Vom Kessel aus werden die Feuerkiste durch einen Strang von Siederöhren mittig durch das zu ver- dampfende Wasser hindurchgeführt. Diesen Siederöhren hat man in Frankreich, das überhaupt in vielen Punkten des Lokomotivbaus allen anderen Ländern voraus ist, noch eine besondere Gestalt gegeben. Nach dem Vorschlag von Serbe hat man nämlich im Innern der Röhren, wo die Heizgase durchzugehen haben, der ganzen Länge nach radial angeordnete Eisenbleche angebracht, die nicht ganz bis in die Mitte vortragen. Auf diese Weise wird erreicht, daß die Gase nicht immer mit derselben äußeren Schicht des Kesselmetalls und durch dies das Wasser berühren, sondern die Eisenrippen holen die Wärme auch aus den mittleren Schichten des Kesseltrommes heraus. Die Anordnung bedeutet also eine Vergrößerung der Heizfläche. Während man nun be- fürchtete, die in den Röhren sich befindenden und den Wärmeübergang an das Wasser verhindernden Abhebestandtheile seien schwerer aus diesen Rippenröhren zu entfernen als aus glatten, so wird von französischer Seite behauptet, daß einige während des Betriebs mit aller Gewalt durch die Röhre mitgerissene Schaufeln voll Sand die Reinigung in vollkommen zu- friedenstellender Weise erzielen.

Neben dem Mittel der Erzeugung einer größeren Dampfmenge wird als zweites die sparzamere An- scheinung des erzeugten Dampfes angestrebt. Die Erzeugung eines großen Dampfstromes durch Abführung zweier Dome, womöglich noch mit einem hochgelegenen weiten Verbindungsrohr, dem Dampfhammer, läßt den Dampf vor dem Ausströmen in die Zylinder mehr zur Ruhe kommen, so daß sich das von den aufsteigenden Dampfblasen mitgerissene Wasser wieder absondern kann. Denn dies Wasser, das oft in großen Mengen mit- gerissen wird, ist nicht nur nutzlos auf eine hohe Tem- peratur gebracht worden, sondern es hindert den Dampf in den Zylindern an seiner Arbeit und kann von

Gewissermaßen aus Sympathie stellten dann die Gotthardbahnarbeiter in Biasca, Göschenen und Erstfeld ebenfalls die Arbeit ein. Die Streikenden in Erstfeld stellten aber gleichzeitig auch Forderungen. Sie führten verschiedene Mißstände an und forderten ihre Beseitigung. So beschwerten sich die provisorischen Heizer über vorkommende lange Arbeitszeit bezw. Dienstzeit, die bis zu 20 Stunden ausgedehnt werde, wobei sie erst noch weniger verdienten, als unter anderen Umständen; ferner seien manche von ihnen schon seit drei und vier Jahren provisorische Heizer und endlich ließen die Unterkunftslokale bezüglich ihrer Beschaffenheit Alles zu wünschen übrig.

Die Arbeitseinstellung hatte verschiedene Erscheinungen zur Folge. Einmal hielt die Regierung des Kantons Teffin nach dem unrühmlichen Beispiel des Auslandes es für notwendig, Truppen in Bereitschaft zu halten. Sodann erklärte sich dieselbe Regierung aber auch bereit zur Vermittlung zwischen den Streikenden und dem von der Gotthardbahnverwaltung in Luzern herbeigeleiteten Direktor Dietler und dieser, der noch vor einiger Zeit den Wunsch der Arbeiterkommission (Arbeiterausschuß) nach einer Besprechung mit ihm ablehnte, empfing jetzt nicht nur sofort das Streikkomité zur Unterhandlung, sondern auch den Arbeitersekretär Grenlich und er wünschte ferner auch die Beiziehung der Arbeiterkommission, von der er vor einigen Wochen nichts wissen wollte. Das Ergebnis der Verhandlungen war der Abschluß eines 8 Punkte umfassenden Vergleichs, indem zunächst seitens der Direktion den Streikenden garantiert wurde, daß keine Maßregelung stattfinden; daß ferner in der Zentralwerkstätte Bellinzona keine weiteren Entlassungen erfolgen werden und zunächst auf die Dauer eines Monats die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden reduziert werde, entsprechend aber auch die Arbeitslöhne. Falls neuerliche Arbeiterentlassungen notwendig werden sollten, so soll die Arbeiterschaft und speziell die Arbeiterkommission davon rechtzeitig Kenntnis erhalten; dagegen bleiben die erfolgten Entlassungen bestehen, was sehr zu bedauern ist. Handelt es sich doch dabei um 62 Arbeiter. Weiter sichert der Vergleich den Arbeitern in allen Angelegenheiten das Rekursrecht gegenüber der Direktion in Luzern, insbesondere in Sachen der neuen Lohnordnung; führt er ferner in Biasca, Göschenen und Erstfeld ebenfalls eine neue Lohnordnung, sowie an Stelle der bisherigen 10 1/2 stündigen die 10 stündige Arbeitszeit ein und zwar ohne Herabsetzung des bisherigen Arbeitslohnes, endlich auch Arbeiterkommissionen. Den provisorischen Heizern in Erstfeld wurde das Versprechen gegeben, ihre Beschwerden betreffend Arbeitszeit und Entlohnung einer speziellen Prüfung zu unterziehen und vorhandene Uebelstände zu beseitigen.

Der dreitägige Streik hat also den Arbeitern materielle und moralische oder ideelle Erfolge gebracht, wenn er auch nicht alle ihre Wünsche erfüllte und man könnte daher die bekannten Worte Schillers in „Wilhelm Tell“ dahin variieren:

Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Bleibt ihm als letztes Mittel noch der Streik!

gerstörender Wirkung auf die Konstruktionsheile sein.

Bei stationären Anlagen moderner Einrichtung wendet man zur vollkommenen Trocknung des Dampfes die Ueberhitzung an. Der Dampf wird in den Ueberhitzern, nachdem er sich von dem Wasser getrennt hat, durch ein vielfach gewundenes Rohrsystem geleitet und auf eine wesentlich höhere Temperatur gebracht, als seiner Verbrennung bei dem betreffenden Kesselröhrde entspricht. Infolge dessen wird nicht nur das letzte Restchen mitgerissenen Wassers gezwungen, sich in trockenen Dampf zu verwandeln, sondern der Dampf wird so weit überhitzt, daß er sich infolge weiter Leitung durch Röhren ruhig um viele Grade abkühlen kann, ohne daß sich wieder durch Kondensation schädliches Wasser bildet.

Dasselbe Mittel sucht man jetzt auch für Lokomotiven anzuwenden, und zwar war es die im Auftrage der preussischen Staatsbahn von Borzig in Berlin konstruierte zweiviertel gepoppelte Schnellzugmaschine, die diesen Gedanken zum ersten Male auf der Pariser Weltausstellung verkörperte. Bei dieser Maschine wird der Dampf, ehe er in die Zylinder strömt, durch ein Rohrschlängensystem geleitet, das in der Rauchkammer unter dem Schornstein angebracht ist. Die Feuer gasse, die aus den Siederohren kommen und sonst nutzlos ins Freie puffen, werden hier gezwungen, noch etwas von der ihnen innewohnenden Wärmekraft an den Dampf abzugeben und diesen in der erwähnten Weise zu überhitzen.

Leider ist bei dieser Maschine nicht, wie bei den sonstigen Schnellzuglokomotiven der preussischen Staatsbahnen ein System der Dampfzusatzung in den Zylinder zur Anwendung gekommen, das zuerst in größerem Maßstabe eingeführt zu haben, ein Verdienst der preussischen Eisenbahnverwaltung ist: das Verbundsystem.

Bei der Verbundwirkung wird die Gesamt-Ausdehnung der in den Zylinder eingelassenen Dampfmenge in zwei Theile getheilt, von denen jeder auf einen besondern Zylinder fällt. Die Dampf-

Der Streik hat im vorliegenden Falle gegenüber den mächtigen Gotthardbahnherren, die durch ihre Jahr für Jahr gemachten glänzenden Geschäfte sehr übermüthig geworden sind, wahre Wunder gewirkt und die hierbei gemachte Erfahrung darf man wohl als eine Bürgschaft dafür ansehen, daß sie es zu keinem zweiten Streik kommen lassen, sondern rechtzeitig einlenken werden. Denn Arbeiterorganisation und Arbeiter-solidarität haben hier glänzende Proben ihres Könnens abgelegt.

Nicht das Gleiche läßt sich leider von einem anderen Streik der Metallarbeiter, nämlich von demjenigen in Uzwil (Kanton St. Gallen) sagen. Derselbe brach Anfangs Januar, ebenso wie Derjenige bei der Gotthardbahn wegen fortgesetzter Entlassungen von Arbeitern, namentlich von organisierten Kollegen, aus und nachdem die prozigen Herren der betreffenden Firma Benninger u. Cie. das wiederholte Anerbieten der Arbeiter, nur kürzere Zeit arbeiten zu wollen, abgelehnt hatten. Geradezu zur Verzweiflung gebracht, legten zirka 120 Gießler die Arbeit nieder, doch mußte man sich von Anfang an sagen, daß der Streik vom ersten Augenblick an ein verlorener war. Einmal wurde in allen anderen Abtheilungen der Fabrik die Arbeit fortgesetzt und sodann war zweifellos Mangel an Arbeit vorhanden, so daß die Arbeitseinstellung für die hornirt-prozigen Fabrikanten mehr eine willkommene Lösung der Spannung als eine Schwierigkeit bedeutete. Dazu kamen dann gefällige Streikbrecher, wenn auch nicht in großer Zahl, aber offenbar doch dem vorhandenen Bedürfnis genügend und endlich ein förmliches Wüthen der Behörden gegen die Streikenden, das als ein schimpflicher Skandal für die ganze Schweiz bezeichnet werden muß. Wurde doch das gesamte Streikkomité verhaftet und wochenlang im Gefängnis behalten, ohne daß etwas passiert war und waren doch die Leute zum Theil bei Nacht und Nebel mit einem lächerlich grobsartigen Polizeiaufgebot verhaftet worden. Der Streik, für den bisher von der schweizerischen Arbeiterschaft insgesamt 21,590 Fr. aufgebracht wurden, ist nun auch offiziell und zwar als resultatlos beendet erklärt worden. In seinem jüngsten Monatsberichte für den April sagt der Sekretär des schweizerischen Metallarbeiterverbandes, Genosse Schneberger, hierüber: „Unternehmerwillkür und Polizeibrutalität haben über Recht und Gerechtigkeit gesiegt. 30 Familienväter sind heute noch ohne Arbeit, die weiter untersucht werden müssen, woran die Sektionen, wie die einzelnen Genossen denken mögen. 42 Mann sind angeklagt, die Gerichtsverhandlungen sind und werden weiter verzögert, um die Arbeiter auszuhungern; ihre Schriften sind beschlagnahmt, in Folge dessen können sie nicht ins Ausland; in der Schweiz finden sie, weil auf der schwarzen Liste stehend, keine oder nur sehr schwer Arbeit und müssen deshalb existenzlos auf dem Plage warten. Trotzdem viele Sektionen und Genossen finanziell schon viel geleistet, so muß doch weiter geholfen werden, bis alle wieder in Arbeit sind.“ Behördliche Parteilichkeit und Brutalität hat so wahrhaft russische Zustände geschaffen,

temperatur nimmt im Verhältnis mit dem Druck bei der Ausdehnung ab, so daß sie am Anfang des Kolbenweges sehr hoch und am Ende viel niedriger ist. Diese Abnahme macht natürlich die Zylinderwandung mit, und der nun von der andern Seite neu einströmende Dampf findet eine so kalte Umgebung, daß er sofort zum Theil kondensirt. Dadurch, daß man nun bei der Verbundwirkung die gesammte Temperaturdifferenz theilt, ist ihre schädliche Wirkung nur halb so groß. Und mit diesem Umstand ist eine wesentliche Dampf- und damit Kohlenersparniß verknüpft.

Die Lokomotive der Zukunft, ebenfalls in Frankreich bereits mit Erfolg eingeführt, ist die Vierzylinder-Verbundmaschine. Statt des einen Zylinderpaares, bestehend aus Hoch- und Niederdruck-Zylinder, wie wir es jetzt haben, werden jetzt deren zwei angebracht, und zwar zwei Zylinder außerhalb und zwei innerhalb der Räder. Die vier Kurbeln sind alle um 90 Grad gegeneinander verstellt, und so wird ein ruhigeres, runderes Arbeiten als bei zwei Kurbeln, und damit eine Schonung der Maschine und des Schienensystems erzielt. Die Leistungsfähigkeit derselben ist weit größer als die unserer Zweizylindermaschinen. Die Durchschnitts-Geschwindigkeit derselben beträgt bis zu 100 Km.-St., als Maximum sind 120 Km.-St. angegeben, während bei uns im höchsten Falle 90 Km.-St. erreicht werden. Dabei leistet eine solche Maschine bei einem Zuggewicht von 300 Tonnen etwa 1600 Pferdestärken, während die unsrige jeither bei 180 Tonnen Zuggewicht 1100 Pferdestärken leistete. Doch die preussische Staatsbahnverwaltung hat jetzt ebenfalls eine größere Anzahl ähnlicher Maschinen in Auftrag gegeben, bei denen, nebenbei bemerkt, zugleich auch der Versuch mit flusseisernen Feuerköpfen gemacht werden soll, während die jetzigen aus Kupfer hergestellt waren. Diese neuen Maschinen werden übrigens zwei Treibachsen und drei Laufachsen erhalten. Die Kesselspannung wird, wie bei den französischen, 14 Kilogr. pro Quadratzoll betragen. Leider werden, so viel

sobald man fast von einem Zusammenbruch der alten kapitalistischen Demokratie in Folge des Auftretens der sozialen Bewegung reden könnte; auf jeden Fall zeigen diese unerhörten Vorgänge, daß eine wahre Demokratie nur mit sozialem Inhalt möglich ist und daß der kapitalistische Inhalt die Demokratie zu einem kläglichen Wechselbalg gestaltet.

Stellt man schließlich die beiden vorstehend besprochenen Streiks einander gegenüber, so ist als lehrreiche Thatsache zu konstatieren, daß die große, millionenreiche Gotthardbahn-Gesellschaft in einer immerhin anerkennenswerthen Weise ihren Arbeitern entgegenkommt und deren Vorschläge zum größten Theil akzeptirte, die Fabrikanten in Uzwil aber geradezu unnahbar waren. Was beweist, daß die kleinen Tyrannen noch ärger und unerträglicher in ihren Ausarungen sind als die großen.

Seit Menjahr sind in der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie außergewöhnlich viele Lohn- und Streikbewegungen bezw. Aussperrungen vorgekommen, die aber größtentheils mit der Krise in Zusammenhang standen. Mit dem Eintritt des Frühlings dürfte zwar die Geschäftslage eine kleine Besserung erfahren, in welchem Umfange und ob eventuell für längere Dauer läßt sich aber natürlich nicht so leicht übersehen.

Im Schweizer Metallarbeiterverband fand jüngst eine Urabstimmung über die Frage der Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zur Verathung neuer Statuten statt; allein es sprachen sich dafür nur 207 Mitglieder aus, während 881 sich für Verschiebung der Statutenberathung bis zum ordentlichen Verbandstag im nächsten Frühjahr erklärten.

Die Maßregeln der deutschen Handwerkskammern gegen die Lehrlingszuchtung.

Auf die Tagesordnung des 2. deutschen Handwerks- und Gewerbetagertages, der im Herbst dieses Jahres zusammengetreten soll, sind auch die Maßregeln gegen die Lehrlingszuchtung gesetzt. Hiermit wird voraussichtlich eine etwas lebhaftere Bewegung über die Regelung des gewerblichen Nachwuchses einsetzen.

Obgleich im Allgemeinen in Deutschland eher Mangel als Ueberfluß an Lehrlingen besteht, so wird dennoch über Lehrlingszuchtung geklagt, und das mit Recht. Für Leute, die aus übertriebener Lehrlingshaltung Vortheil ziehen wollen, ist der Mangel kein unübersteigliches Hinderniß. In der Bäckerei ist beispielsweise die Lehrlingszuchterei so verbreitet, daß in manchen Großstädten ein förmlicher Kinderhandel organisiert ist, der die Lehrlinge gegen hohe Provisionsgebühren einzelnen Meistern zuführt. Und das, obgleich an der Ueberfüllung des Bäckergewerbes kaum ein Zweifel besteht. Dem Berufe werden bloß, weil jene die billige Lehrlingsarbeit ausnützen wollen, von unten her neue Kräfte zugeführt, während am oberen Ende massenweise Gesellen arbeitslos werden und aus Verzweiflung zu anderen Berufen übergehen. Nach der Väter-Enquete von 1893 hatten 40 Prozent der Betriebe mehr Lehrlinge als Gesellen; die Zahl der Gesellen, die durch Ausbildung dieser Lehrlinge überzählig produziert werden, schätzte man damals auf jährlich 9000. — Besonders groß ist die Verletzung zur Lehrlingszuchtung in solchen Gewerben, die sich bei der Jugend augenblicklich großer Beliebtheit erfreuen. Namentlich seit dem Aufkommen der Elektrizitäts-Industrie ist der Andrang zu Lehrlingsstellen in allen

wir wissen, diese Lokomotiven ohne Ueberhitzer gebaut. Es wäre doch interessant, die Rentabilität einer Maschine zu untersuchen, die mit allen Verbollkommenungen der Neuzeit ausgerüstet ist.

Zu diesen gehört außerdem auch eine Anzahl von Borrichtungen, wie sie an der von der Firma Krauß u. Co. in Paris ausgestellten Lokomotive angebracht war. Es ist ja eine bekannte Thatsache, daß durch das langsame Anfahren der Rüge mehr Zeit verloren geht, als durch eine etwas geringere Maximalgeschwindigkeit. Zum schnellen Anfahren aber gehört eine große Kraft, und diese haben die Sitzzugmaschinen mit ihren 2 Meter und mehr im Durchmesser großen Rädern nicht. Diese Räder werden so groß genommen, um bei voller Geschwindigkeit keine zu schnellen Hin- und Herbewegungen der Stoßen zu erhalten mit ihren Nachtheilen auf die Konstruktionsheile und eine gute Dampfarbeit. Wie gesagt, bringen dann aber die großen Räder eine schwache Anzugskraft mit sich. Und wenn diese auch groß genug wäre, so ist das Reibungsgewicht der Treibachsen nicht groß genug, um sie auszunutzen. Wegen des Anfahrens aber allein eine dritte Treibachse mitzuschleppen, lohnt sich nicht. Daher ist an der erwähnten Lokomotive noch eine besondere kleinere Lokomotive angebracht. Diese besteht aus Dampfzylinder und einer niedrigen Treibachse. Während des Anfahrens kann diese Vorrichtung heruntergelassen werden, und sie hilft dann mit ziehen, während der schnellen Fahrt wird sie abgehoben und hochgezogen. Damit diese Achse nur auch ein bedeutendes Reibungsgewicht hat, um ihre Arbeit auszunutzen, und sonst keine Last auf ihr ruht, wird sie von einem weiteren besondern Dampfzylinder mit großer Kraft gegen die Schienen gepreßt. Und damit ist das erreicht, was ein englischer Ingenieur mit den Worten verlangte, daß die Sitzzuglokomotive beim Anfahren ein schwerer Ziehgaul sein und sich beim schnellen Fahren in ein leichtes Rennpferd verwandeln müsse.

H. H. in der Dr. Hg.

Handwerken, die den Zugang zu den Metall- u. Maschinen-
gewerben eröffnen, groß und im beständigen Steigen be-
griffen. Doch besitzen wir hierüber nur einzelne örtliche
Aufnahmen. So zählte man im Jahre 1894 in den Nürn-
berger Schlossereien auf 105 Gesellen 198 Lehrlinge.

Das Handwerker-Gesetz vom 20. Juli 1897, das die
einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung umge-
arbeitet hat, hat gewisse Handhaben geschaffen, um den
Gefahren der Lehrlingszucht entgegenzutreten. Wenn
ein Lehrherr so viel Lehrlinge annimmt, daß durch die
Ueberzahl die Ausbildung der einzelnen gefährdet erscheint,
so kann ihm der Magistrat oder die sonstige untere Ver-
waltungsbehörde die Entlassung eines Theiles auferlegen
(§ 129). Wichtiger als dieses Einschreiten im Einzel-
fälle sind vorliegende Maßregeln allgemeiner Natur
(§§ 128, 130): die Aufstellung von festen Grundfäden
über die Höchstzahl von Lehrlingen in den einzelnen Be-
trieben, insbesondere auch über das Verhältnis der Zahl
der Lehrlinge zu der der Gesellen. Solche Bestimmungen
kann nach der Handwerker-Novelle sowohl die einzelne In-
nung treffen, als auch der Bundesrath oder das Mini-
sterium für das ganze Reichs- und Staatsgebiet. Das Vor-
gehen der einzelnen Innungen ist mit gewissen Schwierig-
keiten verknüpft, weil vielfach die Furcht vor der Kon-
kurrenz der Nachbar-Innungen oder der Orte ohne In-
nungen mißsprechen wird. Allgemeine Bestimmungen, na-
mentlich wenn sie vom Bundesrath für das ganze Reich
erlassen werden, haben zwar den Vortheil der Gleich-
mäßigkeit (sie gelten auch nicht bloß für das Handwerk,
sondern ebenso für die Fabriken); aber sie haben anderer-
seits die Nachtheil, daß sie nicht Akte der Selbstverwaltung
sind, sondern von den Betheiligten als bürokratische Ein-
griffe empfunden werden. — Zwischen beiden in der Mitte
über die Handwerkskammern die gleiche Befugniß. Sie
umfassen ein genügend großes Gebiet, um von der Kon-
kurrenzfurcht wenigstens in ihrer kleinlichsten Art frei zu
sein, sie können durch Verbindung untereinander verhält-
nißmäßig leicht für eine gewisse Gleichmäßigkeit sorgen,
und sie sind endlich Vertretungen, die aus dem Handwerker-
stand selbst hervorgegangen sind. Sowohl für die Hand-
werkskammern (§ 152k 1) wie für die Innungen (§ 95
Abs. 2) ist die Mitwirkung des Gesellen-Ausschusses bei der
Regelung des Lehrlingswesens vorgeschrieben.

In der Praxis zeigt freilich die Bestimmung der
Höchstzahl von Lehrlingen auf große Schwierigkeiten, nicht
nur wegen der Verschiedenartigkeiten der Gewerbe, sondern
auch wegen der großen Abweichungen, die die Verhältnisse
der einzelnen Betriebe innerhalb jedes Gewerbes zeigen.
Aus diesen Gründen ist es erklärlich, daß die Handwerks-
kammern sich nur zögernd an diese Aufgaben heranwagen.
Vor uns liegen Mittheilungen von 45 Handwerks-
kammern des deutschen Reiches. Die starke Hälfte (24)
haben sich bis jetzt jeder Wirksamkeit in dieser Richtung ent-
halten. Es sind dies:

- Altona, Arnberg, Berlin, Braunschweig, Bremen,
Breslau, Chemnitz, Detmold, Dortmund, Erfurt, Frank-
furt a. O., Freiburg i. B., Gera, Gotha, Hamburg, Kassel,
Königsberg, Konstanz, Leipzig, Meiningen, Oppeln, Stet-
tin, Stuttgart, Weidau.

Während manche dieser Kammern (so z. B. Detmold)
ihre Haltung ausdrücklich damit begründen, daß ein Be-
dürfnis bis jetzt nicht hervorgetreten sei, wollen andere
Kammern den Kampf gegen die Lehrlingszucht nur als
aufgeschoben betrachten. So wollen Heilbronn und
Reutlingen zunächst erst die statistische Regelung
des Lehrlingswesens im Allgemeinen zum Abschluß bringen.
Auch St. Johann a. S. und Bahreuth wollen der
Frage demnächst näher treten. Magdeburg wird im
nächsten Jahre Erhebungen veranstalten, und auch Biele-
feld erkennt das Bedürfnis für einzelne Gewerbe an.
Siegen hat die Innungen eindringlich ermahnt, für
eine allmähliche Abstellung der Mißstände zu sorgen, da-
mit nicht allgemeine Zwangsmaßnahmen notwendig wer-
den; und Ubed hat durch Uebernahme des Referats
für den bevorstehenden Handwerkskongress seine grund-
sätzliche Geneigtheit bekundet. Plauen, das im vorigen
Jahre, aus Anlaß einer Petition des bayerischen Landes-
verbandes der Wäber und Fischeure an den Bundesrath,
vom sächsischen Ministerium des Innern um eine grundsätz-
liche Neuorganisation ersucht wurde, hat sich zwar ablehnend aus-
gesprochen, jedoch lediglich, weil statistische Ermittlungen
ergaben, daß im Kammerbezirk auf 433 Geschäfte mit 246
Gesellen nur 187 Lehrlinge kamen, also das Bedürfnis in
diesem Falle verneint werden mußte.

Unter den Kammern, die bestimmte Vorschriften gegen
die Lehrlingszucht erlassen haben (die übrigens theil-
weise noch der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden
bedürfen), nennen wir in erster Linie diejenigen, die dem
Mißstande mit Aufstellung einiger einfacher Grundfäden
begegnen wollten.

Solln gestattet dem allein arbeitenden Meister nur
1 Lehrling; erst in dem letzten Lehrjahre darf er einen
zweiten dazu nehmen. Auf je 2 Gesellen darf der Meister
einen Lehrling mehr halten. Arnstadt beschränkt die
Zahl für den Meister und seinen Stellvertreter (?) auf 3;
auf je 5 Gesellen darf ein Lehrling gehalten werden. Die
Zahl der Gesellen, die in großen Betrieben hinzukommen,
müssen, damit ein Lehrling mehr erlaubt sei, hat Düßel-
dorf auf 4, Oldenburg auf 5, Aachen und Sob-
lenz sogar auf 8 festgesetzt. Wiesbaden begnügt
sich zwar mit 3, stellt aber die Regel auf, daß in einem Be-
trieb überhaupt nicht mehr als 4 Lehrlinge gleichzeitig ge-
halten werden dürfen (während z. B. nun bei etwas ver-
wickelten Dampfböfeler Bestimmungen ein Betrieb mit 20
Gesellen und 8 Lehrlingen möglich wäre).

Diese Art des Vorgehens bringt den Uebelstand mit
sich, daß die Beschränktheit der Gewerbe nicht ge-
nügen berücksichtigt werden kann. Es gibt Gewerbe, in
denen der Lehrling geringer, andere, in denen er weitgehender
und bedauerlicher Belegung bedarf; eine Höchstzahl, die
für die Schneidererei sehr streng ist, kann für die Uhr-
macherei noch viel zu schlaff sein. Entweder wird ein
schwer erkennbares Gewerbe zu Grunde gelegt; dann wer-
den die Leichten mäßig besetzt. Oder man nimmt sich

die Lehteren zum Muster; dann kommt man auf so hohe
Zahlen, daß man in ihnen kaum noch eine Beschränkung
der Lehrlingszucht erblicken kann.

Den mühsamen Weg, Gewerbe für Gewerbe durch-
zugehen und in genauer Prüfung der einzelnen Verhält-
nisse die Höchstzahlen der Lehrlinge festzustellen, haben
die bayerischen Kammern betreten. München hat
ein genaues alphabetisches Verzeichniß von 75 Berufen
aufgestellt. Danach dürfen beispielsweise Wäber auf lei-
nen bis zu 2 Gehilfen einen Lehrling halten, auf je weitere
2 Gehilfen einen Lehrling mehr. Barbier, Friseur und
Perrückenmacher auf keinen oder einen Gehilfen 1 Lehr-
ling, auf je weitere 2 Gehilfen 1 Lehrling, jedoch nie mehr
als 3. Für Buchdrucker, Mechaniker, Goldbleistimmer
und andere ist die Regelung nach Stufen gegeben. So für
Seher:

auf keinen bis zu 3 Gehilfen	1 Lehrling,
" 4-7 "	2 Lehrlinge,
" 8-12 "	3 "
" 13-18 "	4 "
" 19-24 "	5 "
" 25-30 "	6 "
je weitere 8 "	1 Lehrling mehr.

Ein Meister, der nur 1 Lehrling halten darf, darf auch
hier im letzten Lehrjahre einen zweiten dazu nehmen, jedoch
nur, wenn er seinen Lehrling vertragsgemäß zur Ge-
sellenprüfung verpfichtet und die Kammerbeschlüsse zur
Regelung des Lehrlingswesens beachtet und durchführt.
Ähnlich ausführlich sind die Vorschriften für Regens-
burg. Die von Würzburg bieten den dortigen Ver-
hältnissen entsprechend nur einen Auszug von 10 Gewerben
aus der großen Berufsliste. Außerhalb Bayerns hat bis
jetzt nur Bromberg dasselbe System der umfassenden
Regelung nach Berufen befolgt. Von Straß und liegt
für ein einzelnes Gewerbe, die Schlosserei, eine gutacht-
liche Aeußerung an die Bezirksregierung vor: Jedem
Schlossermeister sollen für seine Person 3 Lehrlinge und
auf jeden Gesellen noch je ein Lehrling zugebilligt wer-
den. Die Lehrlingszucht muß in der Schlosserei des
dortigen Kammerbezirks einen entsetzlichen Grad erreicht
haben, wenn diese Höchstzahl schon als eine Reform em-
pfohlen wird.

Der Kampf gegen die Lehrlingszucht stellt sich
schwieriger, als man bei Erlaß der gesetzlichen Bestim-
mungen wohl dachte. Aber auch wenn die ersten Maß-
regeln Fehlschüsse sein sollten, so sollte man darum den
Kampf nicht aufgeben. Auf diesem Gebiete wird man zu
jeder wirkenden Ergebnissen schwerlich anders gelangen,
als durch eine Reihe von Versuchen hindurch. Für die
Zukunft, keineswegs bloß des Kleingewerbes, sondern des
Gewerbes überhaupt, ist die Regelung des Nachwuchses eine
der wichtigsten Fragen. „Arbeitsmarkt.“

§§ 152 u. 153 der Gewerbe-Ordnung in Baden.

Wie erinnerlich, berichteten wir gelegentlich über Ge-
richtsverhandlungen, die sich gegen die Pforzheimer Genossen
Lein u. Frebe wegen Vergehen gegen die oben benannten
Paragrafen richteten. Nachdem nun das endgiltige Urtheil
des Badischen Oberlandesgerichts vorliegt, das wie das des
Landgerichts Karlsruhe, im Gegensatz zum Schöffengericht,
mit Freisprechung endete, interessiert es, eine Parallele
zwischen den verschiedenen Gesetzesauslegungen zu ziehen.

Das Vergehen wurde bekanntlich in einem Insuperat
gefunden, durch welches die Sperrung über die Firma Kling
u. Schmidt, Bijouteriefabrik in Pforzheim, wegen Reduzir-
ung der Akkordpreise, verhängt und vor Zugang gewarnt wurde.
Ein Strafdehrl des Amtsrichters Ude und das Schöffengericht
Pforzheim unter dem Vorsitz desselben Richters
ordneten gegen die Genossen Gefängnißstrafen an. Die Be-
gründung hierfür, die sich in erster Linie auf die Entstehungs-
geschichte des Gesetzes beruft, sagt u. A., daß jeder straf-
bar ist, auch wenn er nicht Arbeitgeber oder Arbeiter ist,
der auf einen anderen, der auch nicht Arbeiter oder Arbeit-
geber zu sein braucht, zu einem der in § 152 der G.-O. be-
zeichneten Zwecke (Erzwingung besserer Lohn- und Arbeits-
bedingungen) auf eine durch den § 153 der G.-O. verbotene
Weise einzuwirken sucht. Im Gegensatz zur Vertheidigung
las das Schöffengericht aus dem Insuperat heraus, daß das-
selbe an die Firma und nicht an die Arbeiter ge-
richtet sei, trotzdem in guter deutscher Sprache die Ar-
beiter und nicht die Firma vor Zugang gewarnt worden.

Wie schon bemerkt, erfolgte damals Verurtheilung und
hatte sich dann noch das Landgericht und Oberlandesgericht
mit derselben Frage zu befassen, die beide zu entgegenge-
setzten Urtheil kamen. Das Oberlandesgericht weist in seiner Urtheils-
begründung ebenfalls auf die Entstehungs-
geschichte des Gesetzes, sowie auf dessen Wort-
laut, Sinn und Zusammenhang hin und kommt,
im Anschluß an das Urtheil des Landgerichts und ein solches
des Kammergerichts Berlin vom 8. Dezember 1898 zu der
Ueberzeugung, daß nur ein Zwang unter Strafe gestellt ist,
der von Arbeitern gegen Arbeiter oder von Arbeitgebern
gegen Arbeitgeber ausgeübt wird. Dieser, nach eingehender
eigener Prüfung für richtig erkannten Gesetzes-
auslegung hat sich der Gerichtshof angeschlossen, so daß
die Prüfung der Frage unterbleiben kann, ob die in Zeitungen
veröffentlichte Verhängung der Sperrung über die Firma Kling
u. Schmidt eine Verurtheilung derselben im Sinne von
§ 153 enthalte. Außerdem bemerkt das Gericht noch, daß auch
in der Veröffentlichung des Insuperats ein großer Anflug im
Sinne des § 360 Z. 11 des St.-G.-B. nicht zu finden sei.

Dieser Punkt der Anklage hatte schon der Oberstaats-
anwalt fallen gelassen, trotzdem äußerte sich das Oberlandes-
gericht auch hierzu.

Mit dieser Urtheil ist den Arbeitern in Baden eine
Direktive gegeben, wie sie sich in Anwendung des § 152 der
G.-O. zu verhalten haben, freilich zum größten Verdruß der
Akkordarbeiter und Sperrmacher, welche sich hier aufs äußerste
angestrengt hatten, den Arbeitern das einzige Mittel zur
Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu nehmen.

Der 16. belgische Metallarbeiter-Kongress. Von Chagrin-Brüssel.

Das Pfingstfest sah die Delegirten der „Federation
des Metallurgistes belges“ im Maison du Peuple zu
Brüssel versammelt. Der erste Punkt der Tagesordnung,
der nach Erledigung der üblichen Formalitäten zur Ver-
handlung kam, war die Regelung der Lohnzahlung.
In dem dazu gehörigen Bericht wird angeführt, daß in
36 Fabriken 38 verschiedene Lohnzahlungsmethoden in An-
wendung sind. Es wird von den Fabrikanten für 1 bis 5
und selbst für mehr Tage der Lohn zurückgehalten. Nach-
dem eine Anzahl Delegirte ihre diesbezüglichen Erfahrungen
vorgebracht hatten, wurden in einer Resolution die Mit-
glieder aufgefordert, so viel als möglich an der Beseitigung
dieser Mißstände zu arbeiten.

Der nun folgende Punkt betraf die Abschaffung der
Akkordarbeit. Der Berichterstatter verlangte zur Be-
seitigung dieser: daß die Organisirten in Fabriken, in
denen auf Stück gearbeitet wird, keine Arbeit annehmen
sollten, daß die Federation keinerlei Verantwortung auf sich
nehme, wenn die Akkordpreise heruntergesetzt würden und
daß die deswegen ausbrechenden Streiks nicht unterstützt
werden dürfen. Die nach Verlauf dieser Debatte gefaßte
Resolution ist gleich der des vorhergehenden Punktes. —
Bei diesen beiden Punkten wurde verschiedenseitig bemerkt,
daß bei dem gegenwärtigen flauen Geschäftsgang, sowie in
Anbetracht der geringen Anzahl der Organisirten an eine
radikale Aenderung nicht zu denken sei. Angeführt wurde
des Weiteren, daß die Arbeiter selbst, von Augenblicks-
interessen beherrscht, auf Stückarbeit drängten. Die Auf-
gabe des Syndikats sei, den Arbeitern zu beweisen, daß
Akkordarbeit Mordarbeit ist.

Der wichtigste Gegenstand der Verhandlungen betraf
die Zentralisation der Federation. Hieran knüpften
sich die Hoffnungen vieler Kollegen. Das Resultat dürfte sie
aber kaum befriedigen. Die gegenwärtige Form der Organi-
sation, die der einer Dezentralisation ziemlich ähnlich ist,
kann länger kaum beibehalten werden. Zur Zeit gibt es
innerhalb der Federation Affoziationen, Federationen usw.
Eine Gruppe zahlt Arbeitslosenunterstützung, die andere
nicht. Die Höhe der Beiträge schwankt zwischen Frks. 1.20
und 0.50, demgemäß verschieden sind auch die Unterstützungen.
Ein Syndikat ist bairt auf der Krankenkasse, das andere hält
diese für überflüssig. Ein anderes hält es für not-
wendig, eine Sparkasse im Syndikat einzurichten. Dann
bestehen die verschiedenartigsten statutarischen Bestimmungen.
Da ist es beispielsweise möglich, daß ein Mitglied kurz vor
Ablauf der Karenzzeit in einen anderen Ort übersiedelt.
Hier muß es von Neuem, gemäß den dortigen Statuten, die
Karenzzeit durchmachen, um irgend eine Unterstützung zu
erlangen. Und wenn es dann nach einigen Monaten wieder
zum Wanderstab zu greifen gezwungen ist und in einer
Stadt sich niederläßt, wo es eine Unterstützungskasse über-
haupt nicht gibt, so erhält es, trotz vielleicht jahrelanger
Beitragszahlung, schließlich doch nichts.

Allerdings gibt es ein Statut der nationalen Federation,
das die Höhe der Beiträge (25 Cent per Monat und per
Mitglied) an die Zentralkasse bestimmt, im Uebrigen aber
läßt es den Genossen freie Hand. Selbst um die Verhal-
tungsmaßregeln bei Streiks wird sich oft nicht gekümmert.
Bei einem Streik vor einigen Tagen sind Zustände zu Tage
getreten, die unerträglich genannt werden sind.

Alle diese Mißstände werden gefühlt, und zu deren Ab-
schaffung hat man verschiedene Male Anläufe gemacht. Aber
eben nur Anläufe! Dann kommt noch hinzu, daß wäh-
rend des letzten Berichtsjahres vom 1. April 1900 bis
31. März 1901 61 Streiks geführt worden sind, an denen
253 Mitglieder theilhaft waren und 9965 Frks. gekostet
haben, die aber alle, bis auf einen, verloren gegangen sind.
Für den Formverei in Brüssel vor einigen Wochen wurde
hauptsächlich die Uneinigkeit, die Zerplitterung der betreffenden
Branchen verantwortlich gemacht.

In Anbetracht all' dieser Vorkommnisse schien der Boden
günstig zu sein für die Schaffung einer besseren Organisation.
Der vorliegende Bericht verlangte die Einführung eines
gleichen Namens für alle Gruppen; Vereinheitlichung der
Beiträge, Regelung des Unterstützungswesens, Vereinfachung
der Administration, Egalisirung der Unterstützung, Ver-
schmelzung der Gruppen einer Lokalität u. s. w.

Die Vereinfachung der Administration ist hier besonders
notwendig. Im Syndikat sieht man den Wald vor lauter
Kommissionen, Unterkommissionen, Komitees u. s. w. nicht.
So haben z. B. die Mechaniker in Brüssel einen Vorstand
von 28 Mitgliedern und noch diverse Kommissionen. Für
jedes besondere Ding eine besondere Kasse. Und wie im
Syndikat, so ist es im größeren Maßstabe in der Zentral-
administration der Fall. Zur Verschmelzung der Gruppen
sei zum besseren Verständniß angeführt, daß in Brüssel 13
Gruppen bestehen, von denen einige weder leben noch sterben
können. Auf Verschmelzung wurde schon oft, aber immer
vergeblich gedrungen, weil — Jeder die Fahne seiner Branche
liebt.

Trotzdem in der Diskussion dieses Punktes die Miß-
stände allgemein zugegeben wurden; trotzdem die Verhält-
nisse immer kategorischer eine gut fundirte Organisation
erfordern; trotzdem die Federation den gut organisirten Unter-
nehmern gegenüber nahezu machtlos gegenüber steht (woran
ein guter Theil der gegenwärtigen Zerplitterung die Schuld
trägt), wurde die Sache bis zum nächsten Kongress ver-
schoben. Die Brüsseler Gruppen wurden noch aufgefordert,
sich innerhalb dreier Monate zu verschmelzen.

Sei es nun, daß der mit dem Referat betraute Genosse
mehr Gewicht auf Dratorik als auf tiefere Eindringen in
diese Materie legte, oder sei es, daß diese Art der Zentrali-
sation etwas Neues war, auf jeden Fall entsprach das
Resultat nicht den gehegten Erwartungen. Wie und ob der
nächste Kongress diesen Anforderungen entsprechen wird, und
ob die Brüsseler Gruppen den erteilten Rath befolgen
werden, bleibt abzuwarten.

Dem Punkt der Zentralisation folgte der, welcher die
Dezentralisation im Auge hatte. Mehrere Gruppen,
oder besser gesagt, einige Former verlangten die Gemein-
ung des Kongresses zur Gründung einer Federation der
Former innerhalb der Federation. Die Begründer dieser
Forderung wiesen darauf hin, daß die Former in allen
Ländern (?) separate Organisationen hätten, nur das kleine

Belgien sei noch nicht so weit vorgeschritten. Andere Genossen schienen von dem französischen Beispiel angezogen, das darin besteht, daß jede Branche der Metallurgie sich separat vereinigt und so sich der betreffenden internationalen Organisation anschließt. Es wurde verlangt, daß die Federation die Beiträge für die Forme an das internationale Bureau der Forme zahle und die der anderen Metallarbeiter an deren Bureau. Schließlich wurde jedoch die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes beschlossen.

Der zweite Kongreßtag begann mit einer Verhandlung hinter verschlossenen Türen. Dann wurde die Schaffung eines Durchschnittslohnes (Unification des salaires) diskutiert. Zwischen dem Maximum und dem Minimum ist hier allerdings ein großer Raum. Dieser wird noch vergrößert durch die Existenz der sogenannten halben Arbeiter (demi-ouvriers), die weder ganze Arbeiter noch Lehrlinge sind, die im Allgemeinen die Arbeit Erwachsener verrichten müssen, aber wie Lehrlinge bezahlt werden. In dem Bericht wird über die Vordruckerei der von den kleineren Städten oder vom Lande kommenden Arbeiter geklagt. Aber zur Regelung dieser Forderung, sowie der beiden ersten Punkte der Tagesordnung ist eine gute Organisation Vorbedingung. Die Delegierten wurden schließlich aufgefordert, die in der Debatte zu Tage getretenen Meinungen gelegentlich nutzbringend anzuwenden. Auch die Veranstaltung einer Enquete bezüglich der Löhne wurde beschlossen. Eine Resolution fand noch Annahme, in der die Wünsche des Kongresses bezüglich der Unfallversicherung zum Ausdruck gebracht werden. Die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes wurde aufs Neue durch einen Beschluß bekräftigt.

Das Fehlen der Abgeordneten der Kammer wurde kritisiert. Die Genossen wurden aufgefordert, nur diejenigen Genossen als Kandidaten aufzustellen, die einem Syndikate angehören.

Auf dem Kongreß waren die 7127 Mitglieder durch 81 Delegierte vertreten. Die Einnahmen der Zentralkasse von 1900—1901 belaufen sich auf 19611,13 Frks., die Ausgaben auf 14372,25 Frks. Das Federationsvermögen ist 8230,96 Franks.

Das Organ, welches in französischer und flämischer Sprache allmonatlich erscheint, kostete im letzten Berichtsjahre (60000 Nummern) 1791,15 Frks. Die Zeitung wird von jeder Gruppe separat bezahlt und ist nicht obligatorisch für alle Mitglieder. Die auf dem vorjährigen Kongreß beschlossene Reiseunterstützung ist in Kraft getreten. Jeder Durchreisende, dessen Verbandsbuch in Ordnung ist, erhält, ohne Rücksicht auf die Nationalität oder der zurückgelegten Wegstrecke in jeder Stadt 2 Frks. ausbezahlt. Auch zählt die Föderation bruxelloise (Brüsseler Gewerkschaftsverband) jedem politisch oder gewerkschaftlich Organisierten eine Reiseunterstützung von 2 Frks.

5. General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Nach Wahl einer Mandatsprüfungskommission, die aus 7 Mitgliedern besteht, tritt eine einstündige Pause ein. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt. Zu Vorsitzenden der Generalversammlung wurden gewählt Schmitt-München, Näther-Berlin und Deisinger-Hamburg. In das Bureau werden noch gewählt sechs Schriftführer und zwei Führer der Rednerliste. Vorgenommen wird noch die Wahl der Statutenberathungskommission, der Beschwerdekommmission, der Haushaltskommission und einer Kommission zur Prüfung der Abrechnung des Ausschusses. Die gedruckt vorliegende Geschäftsordnung wurde angenommen, ebenso die Tagesordnung nach der Vorstandsvorlage. Folgende Punkte auf die Tagesordnung zu setzen wurde abgelehnt, da es an Zeit mangelt, einzelne Punkte auch bei dem Vorstandsbereich zur Sprache zu bringen: Einführung eines Krankenzulusses, Reiseleiter, Fabrik- und Gewerbeinspektion, Wahl der Assistenten zur Gewerbeinspektion durch die Arbeiter, Zollpolitik, sozialpolitische Aufgaben des Verbandes.

Verbandssekretär Reichel erstattet sodann den Vorstandsbericht, der bereits im Druck vorlag und eine Ergänzung erfährt durch die Ausführungen des Redners. Der Referent befaßt sich hauptsächlich mit dem Umschwung der Geschäftskontunktur, der Wahl der beiden Berliner Delegierten zum Internationalen Kongreß, den Hundschreiben bezüglich des Reisegeldauszahlens und der Reiseleiter.

Von den Verhandlungen der Generalversammlung geben wir an dieser Stelle kein ausführliches Bild, da in 14 Tagen das, nach Stenogramm verfertigte, Protokoll erscheint, auf das wir verweisen müssen.

Beschwerden an den Ausschuss waren in 37 Fällen gerichtet, wie der Ausschussvorsitzende Dejung mittheilt. Redner berichtet über die vorgenommenen Revisionen der Hauptkassen und geht auf die Beschwerden näher ein. Kümmert-Münzberg erstattete den Bericht der Preisrevisionskommission. In der eröffneten Diskussion über die vorgetragenen Berichte ist erster Redner Pawlowitsch-Berlin, der sich zunächst gegen das Reiseleiterzirkular des Vorstandes und dann gegen seine Nichtbestätigung zum besoldeten Verbandsbeamten der Zahlstelle Berlin wendet.

Ueber die Nichtbeachtung der Beschlüsse der Bezirkskonferenzen durch den Vorstand klagt Lejzer-Düsseldorf und geht dann auf die Anschuldigungen Pawlowitschs gegen Näther-Berlin ein

2. Tag.

Um sich gegen die erhobenen Beschuldigungen zu wenden, bittet vor Eintritt in die Tagesordnung Näther-Berlin um das Wort. Es wird beschlossen, erst die beiden Briefe Näthers an den Vorstand zu verlesen. Im ersten Brief wird dem Vorstand mitgeteilt, daß P. als Anarchist bekannt, wegen Körperverletzung und Stuppelei verurteilt sei. Von der Auflage des Diebstahls sei er freigesprochen worden. P. sei auch der Nachher der anarchistischen Zeitschrift „Neues Leben“. Ein Beamter der politischen Polizei habe ihm mitgeteilt, daß, wenn P. als 2. Vorsitzender der Zahlstelle Berlin best. würde, eine polizeiliche Ueberwachung der Sitzungen und Versammlungen stattfinden müsse. Man werde das Polizeipräsidium um Auskunft über das Vorleben des P. ersuchen. In dem zweiten Brief wird dem Vorstand geschrieben, daß P. zugegeben habe, wegen Stuppelei bestraft worden zu sein, sich aber weigere, auf Annahme der Wahl

zu verzichten. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß in der zweiten Versammlung, zu der Genosse Segitz sein Erscheinen zugesagt habe, der Anarchist Wiesenthal als 1. Vorsitzender gewählt werde.

Näther gibt Ergänzungen zu den verlesenen Briefen und rechtfertigt sein Verhalten in der Angelegenheit Pawlowitsch. In Stelle Näthers, der den Vorsitz niederlegt, wird Bender-Magdeburg gewählt. Wiesenthal beschränkt sich über die eigenmächtige Anstellung von Hilfsarbeitern durch den Vorstand. Ein Antrag, Vorschläge betreffend Reiseleiter durch eine Kommission ausarbeiten zu lassen, wird angenommen.

Schlische wendet sich gegen den Vorwurf der eigenmächtigen Anstellung von Hilfsarbeitern und gegen die Richterstattung des Ausschusses. Zum Schlusse seiner Ausführungen empfiehlt Redner: die Generalversammlung möge sich zu Einigungsverhandlungen mit dem Zentralverband der Forme bereit erklären. Die Diskussion des zweiten Beratungstages dreht sich nur um den Vorstand- und Ausschuss-Bericht. Redner dazu waren Werner-Stuttgart, Ballast-Bremerhaven, Borhölzer-München, Reichel, Basche-München, Franz-Hamburg, Süßkemann-Bremen, Schumann-Berlin, Bender-Magdeburg, Bauerbach-München, Spiegel-Düsseldorf, Dümell-Essen, Bollhals-München, Bajer-Münzberg, Körten-Berlin, Giesen-Röln, Bornemann-Frankfurt a. M. und Bömpf-Stuttgart. Einstimmig Entlastung wird dem Hauptkassier erteilt, dem Ausschuss desgleichen mit allen gegen zwei Stimmen.

Einstimmig angenommen wird eine von der Sechserkommission vorgelegte Resolution, die der Neigung der Generalversammlung Ausdruck gibt, mit dem Formerverband in Einigungsverhandlungen einzutreten unter der Voraussetzung, daß die Selbstständigkeit des Metallarbeiterverbandes erhalten bleibt. Ferner wird der Vorstand beauftragt, mit dem österreichischen Bruderverbande dahin einen Ausgleich anzustreben, daß den in Oesterreich reisenden deutschen Kollegen dieselben Vergünstigungen gewährt werden betr. des Reisegeldes, wie den Oesterreichern vom deutschen Verbands. Mit Majorität wird ferner ein Antrag Dortmund angenommen: Die fünfte Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes protestirt gegen das eigenmächtige Anstossen von Generalversammlungsbeschlüssen durch den Vorstand. Ein Antrag der weisfällischen Bezirkskonferenz, der die Auslegung des Statuts seitens des Vorstandes in der Frage der Reiseunterstützung als nicht übereinstimmend mit den Beschlüssen der letzten Generalversammlung bezeichnet, wird ebenfalls angenommen. Zum Schluß wird dem Vorstand Entlastung erteilt, in dem Beschluß aber die Erwartung ausgesprochen, daß die in der Diskussion erteilten Rügen den Vorstand veranlassen werden, sich in Zukunft nach den Beschlüssen der Generalversammlung zu richten. Gegen den Antrag stimmten 3 Delegierte. Auf Antrag Dejung wird dann noch der neugewählten Preisrevisionskommission die Vollmacht erteilt neben der Prüfung der Druckverhältnisse der Metallarbeiterzeitung auch noch eine solche in redaktioneller Beziehung vorzunehmen, damit bei der Debatte über die Fachpresse begründete Vorschläge gemacht werden können und so die Diskussion vereinfacht und verkürzt werde.

3. Tag.

Ueber „Agitation“ (3. Punkt der Tagesordnung) referirt Segitz. Die zweistündigen Ausführungen des Redners, der auch eingehend auf das Verhalten anderer Arbeiterorganisationen zu unserer Organisation zu sprechen kommt, gaben ein anschauliches Bild der verschiedenen Agitationsmethoden und regt Redner die Herausgabe kleiner Agitationsbroschüren an, die geeignet sind, die mündliche Agitation zu fördern. Nothwendig sei die Feststellung der Hauptursachen des Mitgliederverlustes, was durch die Ortsbeamten geschehen müsse. Gaueinteilung, Gebalts- und Pensionsvorlage bilden den Schluß der vorzüglichen Ausführungen des Kollegen Segitz, die wir besonders der Beachtung der Protokollisten empfehlen. Die Vorstandsvorlage wird einer Kommission zugeteilt und die Regelung der Pensionsverhältnisse der Verbandsbeamten scheidet aus der Debatte aus. Im Prinzip erklären sich fast alle Redner für die Gaueinteilung. Da die meisten Redner sich gegen die Anstellung der Gauleiter durch den Vorstand wenden, macht Segitz einen Vermittelungsvorschlag, der allgemeine Zustimmung findet.

Die Generalversammlung beschließt, das Referat Segitz mit dem Kompromißvorschlag in Broschürenform in einer Auflage von 100,000 Exemplaren drucken zu lassen. Ferner wird beschlossen, durch die Ortsbeamten eine Statistik aufstellen zu lassen, über die Gründe des Austritts aus dem Verband, soweit die Gründe zu ermitteln sind. Die Anträge zur Gaueinteilung wie der Vorstandsvorwurf werden einer Nebengliederigen Kommission überwiesen.

Nach einer Erklärung des Vertreters der Generalkommission, Legien, daß der im Mai nächsten Jahres stattfindende Gewerkschaftskongreß sich mit einem Entwurf der Generalkommission betr. Versicherung der Gewerkschaftsbeamten zu beschäftigen haben werde, beschließt die Generalversammlung, sich im Prinzip für die Versicherung zu erklären, stellt jedoch deren Erledigung bis nach dem Allgemeinen Gewerkschaftskongreß zurück.

Zum Punkt: „Verbandsorgan“ stellt Ehrle-Mühlhausen i. Th. zunächst fest, daß die von der letzten Generalversammlung gewählte Preisrevisionskommission ihr Möglichstes gethan hat, die Herstellungskosten des Fachorgans zu verringern. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen schlägt er eine Resolution vor, laut der Vorstand und Ausschuss beauftragt werden, auf die vorteilhafteste Herstellung sowohl in technischer wie finanzieller Beziehung Bedacht zu nehmen sowie dafür zu sorgen, daß der Einfluß des Verbandes auf das Organ größer werde und etwaige Ueberläufer möglichst dem Verbands zu Gute kommen, eventuell den Uebergang des Fachorgans in Eigenbetrieb des Verbandes ins Auge zu fassen.

Sydow klärt zunächst die Verhältnisse auf, die den zeitweiligen schlechten Druck der Metallarbeiter-Zeitung veranlassen. Dann legt er zahlenmäßig vor, daß schon jetzt der Druck der Zeitung so billig wie möglich berechnet werde. Die Papierpreise ließen sich nicht reduzieren. Könnte der Vorstand billiger einkaufen, würde er gern sein Papier vom Vorstand beziehen. Die Druckkosten seien jedoch in zwei

Jahren ganz wesentlich herabgesetzt worden. Schließlich legt Sydow noch die finanziellen Verpflichtungen klar, die sich die Druckerei auferlegt habe, um den Verband gelegentlich des Uebergangs des Geschäfts in Parteibesitz nicht in Schwierigkeiten betr. Herstellung der Zeitung zu versetzen. Hätte die Druckerei diese Verpflichtung nicht übernommen, so hätte der Verband innerhalb von 14 Tagen einen anderen Drucker beschaffen müssen, um das Blatt erscheinen lassen zu können. Und wenn das geglückt wäre, so wäre noch sehr die Frage, ob derselbe die Arbeit für denselben Preis geliefert hätte. Ferner müsse auch beachtet werden, daß sich die Generalunkosten im Regiebetrieb bedeutend höher stellen würden, da die Gesamtanlage nicht so ausgenutzt werden könnte, wie es bei der Fränk. Verlagsanstalt der Fall sei.

Sydow erklärt, daß, wenn er gehört hätte, daß beachtet sei, der Fränk. Verlagsanstalt den Druck der Metallarbeiterzeitung zu nehmen, er den damals abgeschlossenen Kaufvertrag nicht unterschrieben haben würde. Dann behandelt er eingehend die gegen die Redaktion vorgebrachten Beschwerden.

4. Tag.

Die Debatte über das Verbandsorgan wird heute fortgesetzt. Die rednerischen Ausführungen beziehen sich meist auf die technische Herstellung der Zeitung und den ev. Eigenbetrieb. Angenommen wird folgende Resolution gegen fünf Stimmen:

In Erwägung dessen, daß es einem Wunsche des Gründungskongresses in Frankfurt a. M. entspricht, die aus dem Verbandsorgan erzielten Ueberschüsse zur besseren Ausgestaltung des Verbandsorgans zu verwenden, und daß den darauf hinausgehenden Wünschen und Anträgen auf jeder Generalversammlung bisher nicht Rechnung getragen werden konnte, beschließt die Generalversammlung:

Der Vorstand und Ausschuss wird beauftragt, vor Ablauf des Druckvertrages in der Fränkischen Verlagsanstalt, Fern. Sydow u. Co., rechtzeitig Vorsehrungen zu treffen, die Herstellung der Metallarbeiter-Zeitung in der für den Verband vorteilhaftesten Weise ermöglichen.

Ein Antrag von Münzberger Delegierten, den Vorstand zu verpflichten, ohne Zustimmung der Generalversammlung keine definitiven Abmachungen zu treffen, wird abgelehnt. Folgende, auf die redaktionellen Verhältnisse der Fachzeitung bezugnehmende Resolution wird angenommen:

„Die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung wird beauftragt, bezüglich der Ausgestaltung des Verbandsorgans dafür zu sorgen, daß, soweit dies Raum und Mittel erlauben, mehr als bisher Artikel wirtschaftlichen und fachtechnischen Inhalts in demselben Platz finden.“

Genau soll den sozialpolitischen Geschehnissen möglichst Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Da es zu diesem Zwecke nöthig ist, weniger wichtige Stoffe aus der Zeitung wegzulassen, ermächtigt die Generalversammlung die Redaktion, alle Korrespondenzen, welche ein allgemeines Interesse nicht haben, fortzulassen.

Berichte, welche nicht mit dem Verwaltungstempel versehen sind, werden, falls dies nicht auf Grund des § 11 des Preisgesetzes nöthig ist, nicht berücksichtigt.“

Beschlossen wird ferner, das Blatt bezw. die Seiten zu nummerieren und am Schluß des Jahres ein Inhaltsverzeichnis anzufügen. Der Antrag, dem Fachblatt ein Beiblatt beizugeben, wird dem Vorstand zur Würdigung übergeben. Die anderen Anträge werden abgelehnt bezw. sind durch Annahme vorstehender Anträge erledigt.

Zur Verhandlung gelangt der Punkt: Reiseleiter. Junge-Hamburg begründet als Berichterstatter der Kommission folgende Resolution:

1. In allen Betrieben, wo drei Fünftel der dortselbst beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, sind dieselben verpflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entschieden sich die Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschluß zu fügen. Der Ortsverwaltung ist spätestens 10 Tage vor dem 1. Mai von dem Beschluß Kenntnis zu geben.
2. Eine Beschlusfassung über die Arbeitsruhe am 1. Mai darf in keiner Gruppen- oder Allgemeinen Versammlung gefaßt werden.

3. Aussperrungen und Maßregelungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen unsererseits beantwortet werden.
4. Bei Aussperrung oder Maßregelung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai tritt für die davon Betroffenen eine Unterstützung in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung in Kraft und wird die Unterstützung vom 2. Mai ab gezahlt, doch gilt dieselbe nicht als Arbeitslosenunterstützung.

Wiesenthal-Berlin will den Ausgesperrten die am Ort übliche Maßregelungsunterstützung zubilligen. Körten-Berlin bekämpft die Resolution, deren Annahme dem Verbands jährlich 100,000 Mk. kosten würde. J. namentlicher Abstimmung wird die Resolution unverändert mit 121 gegen 60 Stimmen angenommen.

Ueber den letzten Gewerkschaftskongreß referirt Näther-Berlin. Er beklagt, daß Gewerkschaftskomitee sich Befugnisse angemaßt haben, die den Hauptvorständen der Verbände zustehen. So hätten sie Streiks gutgeheißen, die der Hauptvorstand nicht genehmigt habe, auch Verwaltungsstellen der Schmiecke dort gründen helfen, wo der Metallarbeiter-Verband schon eine Zahlstelle besaßen hätte. Redner beklagt ferner die Unterstützung, die die Generalkommission diesen Bestrebungen angedeihen lasse. So habe auf dem letzten Verbandstag der Schmiecke der Vertreter der Generalkommission es gutgeheißen, daß der Zentralverband der Schmiecke dort Verwaltungsstellen gründe, an denen solche des Metallarbeiter-Verbandes beständen. Gegen diese Zersplitterung wehre sich der D. M. V. mit Recht. Eine Aenderung in den Beziehungen zur G. M. eintraten zu lassen, empfiehe er nicht. Nothwendig sei aber, daß auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß die Interessen des D. M. V. gegenüber der G. M. energisch wahrgenommen würden.

Legien, Vertreter der Generalkommission bekräftigt, daß auf dem Gewerkschaftskongreß der D. M. V. majorisiert worden sei. Bei wichtigen Vorlagen habe namentliche Abstimmung nach der Stärke der Organisation stattgefunden.

Daß der Verband trotz seiner numerischen Stärke nicht in der Generalkommission vertreten ist, hat nicht seinen Grund in irgend welcher Abneigung gegen die Metallarbeiter, sondern darin, daß dieselben bei der Wahl ungeschickt vorgegangen sind. Die G.-K. treibe keine Agitation für eine Branchenorganisation. Die Hauptaufgabe der Generalkommission sei, statistisches und sonstiges für die Arbeiterschaft wichtiges Material zu sammeln und zu bearbeiten. Einen Druck auf die Branchenorganisationen auszuüben, sich zu Industrie-Verbänden zusammen- oder anzuschließen, dazu habe die Generalkommission kein Recht, sie würde auch damit das Gegenteil vom Gewollten erreichen. Einzelne der vorgebrachten Anschuldigungen seien der G.-K. nicht bekannt gewesen. Sie würden untersucht werden und nach dem Ergebnis werde die G.-K. ihre Maßnahmen treffen.

Angenommen wird ein Antrag, laut dem aus jedem Bezirk (Gau) sowie aus der Zahlstelle Berlin je ein Delegierter, insgesammt also 11, zum Gewerkschaftskongreß abgeordnet werden. Ferner wird ein Antrag Räder-Berlin angenommen, der besagt:

„Die Generalversammlung beschließt, das bisherige Verhältnis zur Generalkommission aufrecht zu erhalten, erwartet jedoch, daß die Generalkommission jedwede Bevorzugung der Branchenorganisation gegenüber den Industrieverbänden vermeidet. Die Generalversammlung verurteilt ferner die unwürdige Art der Agitation, welche der Verband der Schmiede entfaltet und fordert vom nächsten Gewerkschaftskongreß die Aufhebung bezw. genaue Präzisierung der Resolution Duffe.“

Für die streikenden Weber in Cannelwalde werden 1000 Mark bewilligt.

Beschlossen wurde, über alle Anträge, die eine Erweiterung des Unterstützungsweises betreffen, zur Tagesordnung überzugehen.

Sämtliche Anträge der Beschwerdekommision werden angenommen. Gleichfalls angenommen wird eine Resolution, durch die scharfer Protest gegen die Erhöhung der Getreidezölle eingelegt wird. Beschlossen wird, die nächste Generalversammlung in Berlin abzuhalten.

(Schluß folgt in nächster Nummer.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sekundmachung.

Da einem Beschluß der 5. Generalversammlung zu Folge das Protokoll derselben wieder zum Preise von 10 Pf. an die Mitglieder abgegeben werden soll, ersuchen wir die Verwaltungsstellen (Geschäftsführer) den etwaigen Bedarf umgehend nach hier ausgeben zu wollen.

Wir eruchen jedoch die Bestimmung auf einer besonderen Postkarte oder einem besonderen Blatt Papier zu bewerkstelligen, da dies die Expedition wesentlich erleichtert.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

- Auf Antrag der Ortsverwaltung Berlin:
 - der Schlosser Jakob Voos, geb. zu Worringen am 9. Juni 1854, B.-Nr. 411942;
 - der Schlosser Oskar Bunde, geboren zu Berlin am 2. Dezember 1875, B.-Nr. 412590;
 - der Klempner Eduard Rothmann, geboren am 2. Dezember 1875, B.-Nr. 370299;
 - der Sattler Otto Sommer, geb. zu Bohnsdorf am 6. September 1873, B.-Nr. 412166, wegen unkollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Würzburg:

- der Dreher Carl Fahnenmann, geboren zu Riefa am 27. September 1869, Buch-Nr. 407961, wegen Betrügereien.

Wegen sie betreffender Anträge auf Anschluß bezw. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Anschluß begründenden Vorwürfe mit dem Bemerken gegeben, daß sie sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt:

Dem Schlosser Friedrich Kühn, geb. zu Fischhausen am 25. April 1870, B.-Nr. 205246, nach dem von der Verwaltung Magdeburg gestellten Antrage wegen Verlebens seines Mitgliedsbuches an Nichtmitglieder zum Zwecke des „Schmalwandens“.

Dem Dreher Bruno Richter, geboren zu Chemnitz am 25. Juni 1866, B.-Nr. 387619, nach dem von der Verwaltung Linden bei Hannover gestellten Antrage, daß er Sammelbüchlein des Gewerkschaftskartells und den auf den betr. Listen gezeichneten Betrag von 30 Mk. veruntrent hat.

Dem Schlosser Richard Borgien, geb. zu Stettin am 19. Oktober 1878, B.-Nr. 324757, daß er nach von der Verwaltung Halle a. S. gestellten Antrage als Beitragszahler nicht abgerechnet hat.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Erhard Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld verantwortlich ist.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.

Beichtigung.

Zu Nr. 21 ist bei den Anträgen auf Anschluß statt Borgien zu lesen: Borgien.

Korrespondenzen.

Formen.

Crimmitschau. Bei der Firma Paul & Söhne, Eisenblech- und Maschinenfabrik herrschen jetzt traurige Zustände: Verschlechterung, Aneinführung von Strafen, Verabreichung

der bestehenden Akkordpreise. Die Behandlung läßt Alles zu wünschen übrig. Ständige Redensart des früheren nicht so prozigen Chefs ist: „Wem es nicht paßt, nur immer naus, nur naus!“ Vertrauensmann des Herrn Paul ist ein Herr Henneberg, früher Lampenputzer, jetzt Expedient. Auch als Reisender thätig fungirt Henneberg noch als Werber von Formern und Kernmachern; er verspricht zwar hohe Löhne und gute Behandlung, doch ganz anders sieht es aus. Wenig Arbeit, mithin schlechter Verdienst bei den in Akkord beschäftigten Formern. In acht Tagen haben sieben Formner und ein Kernmacher Arbeit genommen und acht Formner haben dieselbe wieder verlassen. Bei längerer Arbeit sagt Herr Paul nichts, aber bei Inspätkommen droht er mit Entlassung, die schließlich in zwei Fällen auch wirklich erfolgte. Wenn die Trockenkammer angebrannt wird, dann stehen die Leute stundenlang in Rauch und Qualm. Wenn an dem Strahl ein großer Kasten daran hängt, denkt man, das Dach mit dem Kasten kommt herunter. Die Ketten sind wiederholt gerissen. Lehrlinge unter 16 Jahren arbeiten 11 bis 12 Stunden; so hatte ein Lehrling in 11 Arbeitstagen 125 Stunden gearbeitet. Kollegen schließt Euch der Organisation an, damit es besser wird.

Gold- und Silberarbeiter.

Bremen. Im hiesigen Gold- und Silberarbeiterverband, welcher seit 1894 als Lokalorganisation bestanden hat, wurde in dieser Zeitperiode verschiedentlich der Versuch gemacht, den Verband der Zentralorganisation zuzuführen. In den letzten Wochen hatte sich wieder eine rege Agitation für Anschluß an den Metallarbeiterverband entfaltet. In einer am 12. Mai stattgefundenen Generalversammlung wurde der Beschluß gefaßt, dem D. M.-V. beizutreten. Als Zeitpunkt des Anschlusses wurde der 1. Juni bestimmt. — Die Delegation zur bevorstehenden Konferenz wurde dem Kollegen Stüren übertragen.

Breslau. Ueber den Werth der Arbeit referirte am 18. Mai Herr Paul, den für seine Ausführungen reichlicher Beifall spendet wurde. Zur Nürnberger Gold- und Silberarbeiter-Konferenz wurde als Vertreter für Sörlitz und Breslau Kollege Biedermann gewählt. Die Versammlung bewilligte in zweiter Rate 30 Mk. für das Gewerkschaftshaus.

Selbstischer und Gürtler.

Fürth. Am Montag, den 20. Mai, fand im Saalbau eine öffentliche Gürtlerversammlung statt, die in Rücksicht auf die Zahl der in Fürth beschäftigten Gürtler hätte etwas besser besucht sein können. Kollege Hubolph, Redakteur der Met.-Ztg. aus Nürnberg, hielt einen sehr instruktiven Vortrag über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Gürtler. Redner führte aus, daß der einzelne Arbeiter nie im Stande sei, den Preis seiner Waare, „der Arbeitskraft“, selbst festzusetzen, daß im Gegentheil der Käufer der Waare, der Arbeitgeber, den Preis bestimmt, selbstverständlich zu Ungunsten des Arbeiters. Die Arbeiter müßten sich deshalb starke Organisationen schaffen und durch dieselben bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen. Hierauf erläuterte der Referent an der Hand der Statuten die Vortheile, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband seinen Mitgliedern bietet. In erster Linie ist das Ideal der verkürzten Arbeitszeit zu verwirklichen. Kurze Arbeitszeit bedingt höheren Lohn, fördert den Bildungstrieb der Arbeiter, bietet Gelegenheit, sich der Familie und der Kindererziehung mehr zu widmen und vor Allem ist sie der größte Feind des Schnapssteuereis. In materiellen Vortheilen bietet der Deutsche Metallarbeiter-Verband Reisen und Arbeitslosen-Unterstützung, Unterstützung in Nothfällen, Redaktions- u. i. w. Daß die Gürtler in Fürth nicht auf Nojen bebettet sind, zeigt das statistische Material, das in drei Metallspiegelabriken gesammelt wurde. Ueberall wird über zu kleine und ungenügend beleuchtete Werkstatträume, sowie über mangelhafte Werkzeuge geklagt. Die Behandlung von Seiten der Herren „Meister“, sowie der Fabrikanten läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Löhne schwanken zwischen 12.50 bis 20 Mk. Einzelne arbeiten im Akkord und verdienen 20 bis 26 Mark. Trotzdem das Geschäft san geht, nimmt ein Meister noch Arbeit nach Hause, wodurch er den Arbeitern den Verdienst noch schmälert. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute in der öffentlichen Gürtlerversammlung anwesenden Gürtler erklären sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Dieselben versprechen fest und treu zum Deutschen Metallarbeiter-Verband zu halten und jederzeit dafür zu streben, die nach fernstehenden Kollegen dem Verband zuzuführen; damit für die Gürtler in absehbarer Zeit bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse errungen werden können. Nach kurzer Diskussion nimmt Herr Hubolph das Schlußwort und fordert die Kollegen auf, das was sie durch Annahme der Resolution versprochen haben, auch zu halten, und sich nicht dem Glauben hingeben, daß mit der Erwerbung des Mitgliedsbuches Alles gethan sei. Ein Jeder müsse nach Kräften agitiren, die Mitglieder-Versammlungen regelmäßig besuchen und sich so gut wie möglich durch Lesen von Zeitschriften und geeigneten Büchern zum Gewerkschaftler heranzubilden. Der Redner erntete für seinen gezielten gemeinverständlichen Vortrag großen Beifall.

Metall-Arbeiter.

Sörlitz. Bei der Firma Scholz u. Geißler und Christoph in Riesa sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma Christoph will nach Stumm'schem Rezept in dem idyllisch ruhigen Herrnhuter-Neste keine Agitation für den Verband der Metallarbeiter dulden. Verhältnißlos den Antikristenpredigten der modernen Gewerkschaften gegenüberstehend, glaubt sie gut daran zu thun, wenn sie die „Aufwiegler“ und „Geier“ sich durch Kündigung oder Entlassung vom Halse schafft. Bei der Firma Scholz u. Geißler entstanden die Differenzen wegen Reduzierung der Akkordlöhne. Aber auch über die Arbeitsverhältnisse in dieser Fabrik wird viel geklagt. Bei Scholz u. Geißler waren die letzte Zeit regelmäßig mehr als 20 Arbeiter beschäftigt. Ein infolge der Krise sank die Zahl der Arbeiter wieder unter 20. Trotzdem war auch vorher keine Arbeitsordnung vorhanden. Die in den Unfallverhütungsvorschriften vorgeschriebenen Schutzbrillen fehlen, trotzdem

im vorigen Jahre ein Bohrer dadurch verunglückte, daß ihm beim Hauen ein Spahn ins Auge flog. Als sich am Sonnabend ein Dreher am Fuß verletzte, war das Verbandszeug nicht in Ordnung. Als am letzten Sonnabend zwei Arbeiter ihre Akkordüberschüsse ausgezahlt haben wollten — es handelte sich um Beträge von 19 und 4 Mk. —, da war kein Geld da. Bisher wurde der Ausgleich jeden Sonnabend vorgenommen. Dem einen Arbeiter wurde dabei die Einwendung gemacht, daß seine Arbeit noch nicht fertig, resp. in Ordnung sei. Dabei hatte sie aber doch der Meister vorher nachgeprüft und abgenommen. Auch über schlechte Ventilation in der Fabrik wird geklagt. Nach beiden Firmen ist der Bezug fern zu halten.

Hamburg. Die am 20. Mai bei Hilmer tagende Versammlung der Sektion Heizungsfach beschäftigte sich mit dem von dem Verband der Heizungsfach-Industriellen herausgegebenen Kommentar zu unserem vorjährigen Lohnarif. Das Antwortschreiben der Arbeitgeber wurde verlesen und das besagt, die Unternehmer hätten die Art der Einwendungen aus unserem Schreiben vom 30. April nicht ersehen können, und würden betreffs des Kommentars mit ihren Arbeiter-Ausschüssen verhandeln. Die Versammlung konnte sich damit nicht einverstanden erklären, da die Arbeiterausschüsse für uns hier nicht maßgebend sind. Folgende einstimmig angenommene Resolution soll dem Arbeitgeber-Verband zugesandt werden: „Die heute am 20. Mai tagende Versammlung bedauert, daß die Herren Arbeitgeber nicht ersehen haben, was die Arbeiter in ihrer vom 29. April beschlossenen Resolution klar und deutlich ausgesprochen haben, die Versammlung ersieht aus dem Antwortschreiben, daß die Unternehmer mit ihren Arbeitern nicht unterhandeln wollen. Die Besprechungen mit den einzelnen Arbeiterausschüssen können als eine Unterhandlung im Sinne der Resolution nicht angesehen werden, deshalb beschließt die Versammlung, jede Unterhandlung mit den Arbeiterausschüssen abzulehnen. Als kompetente Instanz gilt die Lohnkommission, sowie die Organisation, und erwarten die Arbeiter, daß die Arbeitgeber mit dieser unterhandeln oder die Erklärung uns zutommen lassen, daß der Kommentar zurückgezogen sei. — Die letzte Maßfeier ist besser angefallen als zuvor. Die Arbeitgeber hätten zwar ein und zwei Tage aussperrn lassen, dennoch sind organisierte Kollegen unter uns die feiern, aber an dem Demonstrationstzug nicht Theil nehmen. Alle Heizungsbetriebe lagen still, nur der der Firma H. D. Meyer nicht. Langt macht bekannt, daß bei der Firma Dose und Widdendorf in Altona die Kollegen 6 Tage ausgesperrt worden sind, und fragt an, da auch bei dieser Firma einige Kollegen gearbeitet hätten, wie man sich solchen Kollegen gegenüber verhält. Willmann verliest noch eine von ihm aufgestellte Statistik über den Verlauf des 1. Mai im Betriebe der Firma Meyer. Die heutige Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß verschiedene Kollegen sich so unkollegial bei der Feier des 1. Mai benommen haben und erklärte, in späterer Zeit Rechenschaft von denselben zu fordern.“

Magdeburg. Sonntag, den 12. Mai, tagte im Luisenpark die zweite ordentliche Generalversammlung der Filiale Magdeburg für 1901. Etwa 1000 Mitglieder waren erschienen. Der 1. Bevollmächtigte Alwin Brandes theilte mit, daß das Bureau sich jetzt Knochenhauerufer Nr. 27/28, Eingang Poststraße 1, befindet und daß der Fernsprechanschluß unter Nr. 404 angelegt worden sei. Durch diese beiden Thatfachen wurde ein in früheren Generalversammlungen oft geäußerter Wunsch erfüllt. Alsdann gab Voß den Geschäfts- und Kasienbericht für das 1. Quartal 1901. Hierbei wurden die Ursachen und Resultate der drei in dem Quartal vorgekommenen Streiks erwähnt. Der Streik bei F. Ergang, Blechwaaren- und Maschinenfabrik in Magdeburg-Wilhelmstadt, wurde durch Maßregelung und angekündigte Lohnabzüge hervorgerufen. Von den 170 Arbeitern, die mit wenigen Ausnahmen organisiert waren, blieben 11 Personen nach der Arbeitsniederlegung stehen. Am dem Vormittag, an dem die Arbeit eingestellt wurde, trat die Kommission abermals zur Verhandlung an den Fabrikanten heran und es konnte eine Einigung erzielt werden, so daß nach halbtägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Der Streik der Panther-Fahrrad-Arbeiter kam nicht unerwartet. Die eingetretene Geschäftsflaute in der Fahrradbranche brachte es mit sich, daß auch auf dem Panther-Fahrrad-Werken Lohn- und Akkordreduzierungen im starken Maße vorgenommen wurden. All das hatten die Arbeiter unter genügender Beachtung der Geschäftsverhältnisse widerstrebend an sich vorübergehen lassen. Die Firmenleitung wollte aber noch mehr von den Arbeitern erlangen; sie entließ 35 der Älteren und am besten eingearbeiteten Arbeiter. Die Entlassung dieser Arbeiter wurde unter dem Schutze einer starken Polizei-Mannschaft vorgenommen. Diese Behandlung der Arbeiter empörte die Gesamtheit der Metallarbeiter. Die in Arbeit bleibenden Pantherfahrrad-Arbeiter forderten die Wiedereinstellung und erboten sich, kürzere Zeit zu arbeiten, damit die vorhandene Arbeit für Alle ausreichte. Die Firma gab dem Wunsche der Arbeiter nicht nach; darauf traten von den 235 beschäftigten Arbeitern 184 in den Ausstand. Das Ergebnis des Streiks war vorauszusehen und doch verharren die Arbeiter fünf Wochen im Ausstande. Während dieser Zeit verjuchte die Ortsverwaltung die Streikenden mehrere Mal zu bewegen, den Streik als verloren zu betrachten und aufzugeben. Der Streik ging verloren; die Metallarbeiter Magdeburgs haben manche gute Lehre daraus gezogen, sind aber nicht im Geringsten entmuthigt worden. Als Folge dieses Ausstandes sind mehrere Anlagen wegen Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung und Beleidigung gekommen, die alle einen guten Ausgang für die Beteiligten gefunden haben. Die Gesamtkosten des Streiks belaufen sich auf 13,202 Mk. 15 Pf. Eingerechnet sind nicht Unterhaltungen, die extra erfolgen mußten, deren Summe sich auf 1097 Mk. belief. Eine weitere Streitigkeit war durch Akkordabzüge in der Eisen- und Stahlgießerei von Otto Gruson u. Co. in Magdeburg entstanden, die durch einen Vergleich beigelegt wurde, nachdem die Formen zwei Tage gestreikt hatten. Zu beschäftigten hatte sich der Verband in mehreren Versammlungen mit den traurigen Arbeitsverhältnissen verschiedener Betriebe, u. A. mit der Werkzeugmaschinenfabrik von Richard Langensiepen und deren Betriebsingenieur. Aus dem Kasienbericht war zu ersehen, daß die

Mitgliederzahl 3338 betrug. Neuaufnahmen waren 168 zu verzeichnen. Wochenbeiträge à 30 Pfg. konnten 30.000 = 900 Mk. angezogen werden. Mit einem Kassenbestand vom vorigen Quartal von 3935,81 Mk. und einem Zuschuß von 11.000 Mk. aus der Hauptkasse betrug die Gesamteinnahme 23.983,91 Mk. für die Verbandskasse. Die Ausgabe setzte sich aus 4196,06 Mk. Ortsunterstützung, 324,00 Mk. Reise-geld, 1097,00 Unterst. nach § 2c, 12.497,30 Strell-Unterstützung, 750,00 Mk. für außerordentliche Ausgaben und 1800,00 Mk. für Prozente an die Lokalkasse zusammen. Die Gesamtausgabe beträgt 20.664,36 Mk., somit blieb ein Kassenbestand von 3319,55 Mk. Für die Lokalkasse war eine Einnahme von 3322,20 Mk. vorhanden, dem stand eine Ausgabe von 3844,66 Mk. gegenüber, dadurch blieb ein Defizit von 522,46 Mk. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Vorstand Decharge erteilt. Alsdann trat die Versammlung, nach eingehender Begründung durch Brandes, in die Beratung über folgende Resolution ein:

„Die heute, am 12. Mai 1901, im Luisenpark tagende Generalversammlung der Filiale Magdeburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschließt:

Die Ortsverwaltung soll ermächtigt sein:
1. Nach dem Tode eines Mitgliedes, das seine Pflichten gegen den Verband voll erfüllt hat, an die hinterbliebenen Angehörigen (Ehefrauen, Kinder oder sonstige bedürftige Angehörige) eine einmalige Unterstützung zahlen zu können, die

nach 1 jähriger Mitgliedszeit	100 Mk.
2	150
3	200
4	250
5	300

betragen kann.
2. Von allen Mitgliedern einen einmaligen Beitrag von 20 Pfennig und nach jedem in der Mitgliedschaft vorkommenden Todesfall einen Beitrag von 10 Pfennig zu erheben.

Die auf Grund dieser Resolution geleisteten Unterstützungen sind freiwillig und steht den Empfängern weder ein gesetzliches Recht noch ein Klagerrecht auf dieselben zu.“ Das Resultat der Beratung war einstimmige Annahme der Resolution. Von einem großen Teil der Redner wurde befürwortet, den bezeichneten Unterstützungszweck auch für die Frauen der Mitglieder einzuführen. Die Berücksichtigung dieses Wunsches wurde von der Ortsverwaltung zugesagt mit der Bitte, vorläufig davon Abstand zu nehmen. Die Versammlung kam dem nach. Nach der Annahme eines Antrages, der die Mitglieder verpflichtet, die eingeführten Beiträge pünktlich zu bezahlen und nach einigen Bemerkungen zur Provinzorganisation und dem Gewerkschaftskartell wurde die Versammlung nach dreistündiger Tagung geschlossen. Der Verlauf der Versammlung, die sachlich ruhige Diskussion, zeigte von einem Fortschritt der Magdeburger Metallarbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Posen. Es ist wohl keine zweite Stadt in Deutschland von über 150.000 Einwohnern, welche so wenige Verbandsmitglieder hat als Posen. Hier, wo größte Noth und Elend herrscht, sind die Arbeiter fast garnicht organisiert. Die Posener Arbeiter haben vier gute Freunde. Der erste und beste Freund der Posener Arbeiter ist die Polizei. Die Polizei hat keine Ruhe, wenn wir Gewerkschaftler ein Lokal irgendwo haben und eine Versammlung abhalten. Ein Posener Polizeikommissär hatte sich zu Genossen Wendt geäußert: „Euch werden wir schon klein bekommen.“ Die Metallarbeiter-Organisation ist die verhassteste. Hauptächlich leisten vorzügliche Dienste zur Lokalabtreibererei und Demagogie die polnischen Blätter, indem sie verbreiten, daß die Gewerkschaften nur aus Sozialdemokraten bestehen; und die Posener sollen dahin nicht gehen, da die Gewerkschaften germanisiren u. s. w. In einer Volksversammlung im Zoologischen Garten hier sprach eine polnische Frau die Worte: „Wir wollen weder Brot noch Reichthum, wir wollen hungern und dursten, aber wir wollen, daß unsere Kinder in polnischer Sprache Religionsunterricht ertheilt wird. Solche Hilfe haben die Posener Arbeiter seitens ihrer Freunde.“ Uns fehlen gute und polnisch sprechende Kollegen und ein Versammlungslokal. Wenn wir dies hätten, könnten wir viel erreichen. Hier am Orte ist der P.-D. Gewerksverein mit 300 Mitglieder; jedoch um Lohndifferenzen kümmern sich die Herren nicht, sondern machen sich lustig über unsere Verfolgungen. Die P.-D. haben Alles, was sie nur begehren, sie haben ein schönes großes Lokal und haben die Unterstützung der Posener Presse. Kollegen, belehrt die unwissenden Kollegen über unsere Organisation! Kollegen, denkt an die traurige und elende Lage, in welcher wir sind. Laßt Euch nicht einschüchtern. Stärkt die Organisation, dann können wir unsere Wünsche erfüllen.

An sämtliche Filialen des Zentralarbeitsnachweises der Feilenarbeiter Deutschlands.

Werthe Kollegen!
Schon in dem Bericht des Vorstandes an die Generalversammlung in Halle a. S. 1899 und jetzt wieder im Bericht an die Nürnberger Generalversammlung wird klage geführt, daß der Zentralarbeitsnachweis der Feilenarbeiter nicht so funktioniert, wie er es wohl sollte. Eine Sitzung der sieben Kollegen, welche an der Nürnberger Generalversammlung theilgenommen haben, beschäftigte sich eingehend mit den Verhältnissen in unserem Arbeitsnachweise. Hierbei wurde nicht nur festgestellt, daß das Verhalten der arbeitssuchenden Kollegen sehr viel zu wünschen übrig läßt, sondern auch die Arbeitsnachweisleiter selbst ihre Pflichten vernachlässigen.

Soll nun unser Arbeitsnachweis zu dem werden, wozu er gegründet worden ist, zu einer Waffe im Kampfe zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen, so haben wir alle Ursache, dafür Sorge zu tragen, daß die festgesetzten Bestimmungen genau innegehalten werden. Der Unterzeichnete ist beauftragt, sämtliche Arbeitsnachweisleiter zu ersuchen, dem Vorstand sofort, spätestens aber bis zum 1. Juli die Vorschläge mitzutheilen. Ich richte das bringende Ersuchen an alle Kollegen, auch dort, wo der Arbeitsnachweis von den allgemeinen Verwaltungsstellen geführt wird, dieser Aufforderung Folge zu leisten.
Nürnberg, den 31. Mai 1901.
J. A. Wilt, Oberlob, Abolba.

An die Ortsverwaltungen des D. M.-V. in der Provinz Schlesien und Posen.

Meine Wohnung befindet sich ab 1. Juni cr. Schwetzerstraße 15, II. Alle Anfragen, Sendungen u. s. sind an mich zu senden.

Rudolf Biedermann,
Vertrauensmann für Schlesien und Posen.

Rundschau.

Ein Gewerkschaftskartell ist kein Verein. Der Maschinenmeister Elsner wurde von der Strafkammer zu Upenrade verurtheilt, weil er als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells der an ihn ergangenen polizeilichen Aufforderung, Statuten nebst Mitgliederverzeichnis des Kartells einzureichen, nicht nachgekommen war. Darin wurde eine Uebersetzung des Vereinsgesetzes gefunden. Gegen dieses Urtheil legte Elsner Revision ein und machte durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann geltend, daß ein Gewerkschaftskartell kein Verein ist. Das Kammergericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach Elsner frei. Die Gründe, welche von prinzipiellem Interesse sind, gehen dahin: Mit Recht greife die Revision die Entscheidung der Strafkammer als rechtsirrhümlich an. Unter Verein sind lediglich Vereinigungen physischer Personen zu verstehen, und dieser Auffassung ist auch das Oberverwaltungsgericht in den in der Revisionschrift wiedergegebenen Urtheilen beigetreten. In einem Gewerkschaftskartell aber sind lediglich Gewerkschaften, das heißt juristische Personen zu einem Verein zusammengefaßt. Selbstverständlich müssen sie sich dabei, wie bei allen Rechts-handlungen durch physische Personen (Delegirte) vertreten lassen, allein die Delegirten treten nicht als solche, das heißt persönlich in rechtliche Beziehungen zu einander; die gegenseitigen rechtlichen Beziehungen, welche sie vermitteln, bleiben ausschließlich solche der Gewerkschaften. Ebensovienig entstehen den Mitgliedern der Gewerkschaften durch das kartell rechtliche Beziehungen: sie sind als solche am Kartell überhaupt nicht theilhaftig, brauchen von ihm nicht einmal Kenntnis zu haben. Die Vereinsbildung, das heißt die rechtliche, vertragsmäßige Verknüpfung (Organisation) existirt lediglich zwischen den Gewerkschaften, die allein die Grundlage des Vereins bilden, allein seine Beschlüsse fassen, allein ihnen unterworfen, zu ihrer Ausführung rechtlich verpflichtet sind.

Ein christlicher Gewerkschaftsführer. Interessante Einblicke in die Vorkämpferrolle eines der angesehensten christlichen Gewerkschaftsführer gewährt eine Enthüllung der „Deutschen Berg- und Löhnerarbeiter-Zeitung“. Es ist bekannt, daß die zwei bedeutendsten deutschen Bergarbeiter-Verbände, der sogen. „alte“ Verband, der hauptsächlich von den Genossen Möller und Gué geleitet wird, und der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, den Bruß führt, bis 1899 sich heftig bekämpften, dann aber friedlich neben einander arbeiteten und in konkreten Fällen zusammengingen. Seit kurzem aber zieht der christliche Gewerksverein wieder heftig gegen den alten Verband zu Felde und beschimpft ihn, obzwar letzterer, wie aus jeder Nummer des genannten Organs hervorgeht, das aufrechte Bestreben hat, im Interesse der Arbeiterschaft mit dem „Christlichen“ gute Kameradschaft zu halten. Da ist nun Gué die Schuld gegeben, und er zeichnet ein Bild eines christlichen Arbeiterführers, das Manche die Augen übergehen werden. Der erwähnte Friedensschluß war, wie Gen. Gué erzählt, dadurch zu Stande gekommen, daß Gué darauf verzichtete, den Bericht eines Prozeßes, der sich vor dem Speyer Schöffengericht am 26. Juni 1899 wegen gegenseitiger Beleidigungen abgespielt hatte, zu veröffentlichen. Die Furcht vor der Veröffentlichung seiner gerichtsnotorisch gewordenen Thaten zwang Bruß, die Hand zum Frieden zu ergreifen! Diese Furcht Brußs war allerdings wohlbegründet, wie aus dem Prozeßbericht hervorgeht, den die „Bergarbeiterzeitung“ jetzt veröffentlicht, da Bruß sein Wort nicht gehalten hat. Der Bericht datirt vom 26. Juni 1899. Gué erklärt zunächst, er tonne sich auf einen Eingangsversuch nicht einlassen, denn es müßte endlich klargestellt werden, mit welchem Recht Bruß behauptet, Gué gannere, lüge, verleumde, habe unredliche Geschäftsführung u. dergl. m. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Bruß dafür den Wahrheitsbeweis anstreibe, erklärte dessen Rechtsanwalt: „Mein Klient (Bruß) kann den Wahrheitsbeweis nicht führen!“ (Bewegung.) Dann fragte der Vorsitzende, ob Gué den Beweis für seine Behauptung erbringen wolle. Bruß sei „ein moralisch vernommener Mensch“. Gué bejaht. Zum Beweis wird von Zeugen u. A. vorgebracht, daß Bruß in Versammlungen dem schlimmsten Alkoholgenuss sich ergab, sich unanständig benahm, ungehörige Redensarten führte ufm. Dann kam aber der „Schlager“. Vor die Schranken tritt Zeuge Strötgen-Gaidhausen: Ich bin seit meiner Jugend mit Bruß befreundet, wir sind zuantun aufgewachsen. Dieser habe ich mit Bruß über die Bergarbeiterbewegung gesprochen und gewarnt die Ueberzeugung, daß Bruß das nicht öffentlich vertritt, wovon er innerlich überzeugt ist. Vor einiger Zeit war er krank und besuchte zwg. Da sprach ich mit ihm über den Streit zwischen den Verbänden. Bruß erklärte mir, Gué sei ein ehrlicher Mann! Auch die Verwaltung der Verbandsgelder sei ehrlich. Als ich ihn dann zur Rede stellte, wie er denn aber dazu komme, die Verbandsleitung und Gué als Gannere, Betrüger ufm. hinzustellen, da antwortete mir Bruß: „Das ist mein Geschäft. (!!!) (Allgemeine Bewegung im Zuhörer- und Zeugenraum.) Zeuge Strötgen: Ich antwortete auf Bestragen fort: In einem Disput über die Religion jagte mir Bruß: Ich weiß so gut wie Du, daß die Religion nur durch die Bohonnette genützt wird. Ein anderes Mal gab er zu, daß die Sozialdemokratie Recht habe! Rechtsanw. Dr. Weß: (Brußs Verteidiger): Zeuge, Sie werden sich irren, Bruß kam so nicht gesprochen haben. Er meinte vielleicht in einem speziellen Falle habe die Sozialdemokratie Recht. Zeuge Strötgen: Ich bleibe bei meiner Aussage. Ich bin der Ueberzeugung, daß Bruß von der Sozialdemokratie allgemein sprach. Dr. Weß: Halten Sie es nicht für möglich, daß Bruß nur einen Spezialfall

meinte, etwa die zu damaliger Zeit angekündigte Lohnbewegung des alten Verbandes? Strötgen: Möglich ist das schon. Aber ich habe die Ueberzeugung, daß Bruß das Gegenteil von dem denkt, was er thut. Gué: Wenn der Herr Verteidiger Dr. Weß etwa wünscht, daß wir auf den Spezialfall der Lohnbewegung eingehen, ich bin dazu bereit. Gerade wegen dieser Lohnbewegung (1898) hat uns Bruß der Unehrllichkeit, sozialdemokratischer Macho ufm. beschuldigt. Er kann also den Spezialfall gar nicht gemeint haben, da er doch ein wahrheitsliebender Mann sein will. Bruß: Es ist unbedenklich, daß Strötgen mich richtig verstanden hat. Strötgen ist ein wahrheitsliebender Mann, der vollen Glauben verdient, aber hier kann nur ein Mißverständnis zu Grunde liegen. Strötgen erklärt wiederholt, daß er bei seiner Aussage bleibe. Wohl könne ein Mißverständnis über diese oder jene Aeußerung vorliegen, aber ich bin im langen Verkehr mit Bruß zu der Ueberzeugung gekommen, daß er nicht das ist, wofür er sich öffentlich ausgibt. Daß er speziell Gué und die Verbandsleitung ehrlich nannte und es als sein Geschäft bezeichnete, die Genannten angzugreifen, darüber ist jedes Mißverständnis ausgeschlossen. Dabei bleibe ich. — Ein jauberer christlicher Gewerkschaftsführer!

Zur Taktik der christlichen Gewerkschaften. Die Agitatoren der christlichen Gewerkschaften behaupteten schon öfter, daß ihre Gewerkschaften sich frei von jedweder Parteipolitik hielten, und nicht wie die freien Gewerkschaften einer Partei an den Rockschößen hängen. Diese Behauptung wird nur deshalb aufgestellt, um die Sonderbündelei zu begründen. Daß aber Theorie und Praxis bei den „Christlichen“ zweierlei Dinge sind, zeigt eine Einladung in den christlichen Gewerkschaftsorganen zu einer am 7. Mai stattgefundenen, vom Münchener Zentrums-Arbeiterwahlverein einberufenen Versammlung, in welcher ein Dr. Pieper aus N.-Glabbach referirte. Diese Zweifelseentheorie scheint einigen christlichen Holzarbeitern wider den Strich gegangen zu sein, wie eine Briefkastennotiz im „Christlichen Holzarbeiter“ an eine Frankfurter Adresse beweist. Dieselbe lautet:

Frankfurt. Die Einladung zu der Versammlung des Arbeiterwahlvereins in München ist deshalb in den verschiedenen Gewerkschaftsblättern erfolgt, weil das Thema, welches Herr Dr. Pieper behandelt, ein rein wirtschaftliches war, und für die Mitglieder der „Christlichen Gewerkschaften“ das gleiche Interesse bot, wie für die Mitglieder des Arbeiterwahlvereins. Daß sich die „Christlichen“ Gewerkschaften streng von Parteipolitik fern halten müssen, ist uns bekannt und wurde dieser Grundsatz unverserleis auch noch nie verlegt. Eine falsche oder unnothige Rücksichtnahme sähe aber nur der Förderung des Kampfes gleich, den wir dem doch nicht einbürgern lassen wollen.

Parteipolitik wird nicht getrieben, o bewachte. Nur um die christlichen Mitglieder vor dem verderblichen Kaitengeist zu bewahren, deshalb laden die christlichen Gewerkschaftsblätter zur Versammlung ein, die vom Zentrums-Arbeiterwahlverein einberufen wurde! So schlägt sich der christliche Kollege mit seiner Theorie immer selbst ins Gesicht.

Der Verbandstag deutscher Gewerbegerichte nebst Gewerbegerichts-Konferenz wird in diesem Jahre am 10. und 11. September in Lübeck stattfinden. Die einseitige Tagesordnung stellt sich nach dem Verbandsorgan „Das Gewerbegericht“ wie folgt: Das Verfahren in Einigungsachen in Deutschland und im Auslande (Gewerberichter Dr. Grote-Bremen und Dr. Jastrou-Charlottenburg); Die Gewerbegerichts-Novelle (Rechtsrath Dr. Mienzinger-München); Die Statuten der deutschen Gewerbegerichte (Beigeordneter Wolff-Offenbach a. M.); Die Arbeitsordnungen (Gewerbeinspektor Gzimatis-Solingen). Die Erfahrungen bei Anwendung des Bürgerlichen Gesetzbuches werden wie im Vorjahre im engsten Anschluß an die Praxis den Gegenstand einer umfassenden Besprechung bilden.

Litterarisches.

Von der **Kommunen Praxis**, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (Dresden, Verlag Kaden u. Komp.) ist uns soeben die Nr. 8 des 1. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Bedeutung des ortsüblichen Tagelohns für die Arbeiter. Die Wohnungsinspektion in Bayern. Eine Enquete über sächsische Gemeindeverhältnisse. Bildungsweien (Zur Schulartzfrage. Wohnungsweien (Wohnungsfrage in Hamburg. — Arbeiterwohnungsweien. — Wohnungsordnungen in Sachsen). — Gesundheitsweien (Die Verunreinigung der Oberpree. — Reform des Begräbnisweiens). — Steuerweien (Die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung Berlins. — Zur Bekämpfung der Grundstückspekulation). — Aus den Gemeindevertretungen (Grundstückspekulationen). — Mundschau (Einrichtung von Rechtskassen). — Die Kommunalen Praxis erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 Mark (eingetragen in der Postzeitungsliste für 1901 unter Nr. 4019a, 4. Nachtrag).

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Dick' Verlag) ist soeben das 33. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Hera Wilow. — Der russische Imperialismus und Deutschlands China-Abenteuer. Von W. Walter. — Zum französischen Einigungskongreß. Von Aloja Augenburg. — Zur Konzentrationsbewegung in der amerikanischen Landwirtschaft. Von J. L. Franz. — Der amerikanische Kidelgewinnungsprozeß. Von Heinrich Vogel. — Litterarisches Mundschau: J. Liberty Ladd, Neue Wege zur künstlerischen Erziehung der Jugend. — Notizen: Eine unerwartete Enthüllung zum Falle Millerand. — Feuilleton: In der Schlucht. Von Anton Tschadow. Aus dem Russischen übersezt von Eugenie Klorin. (Fortf.)

Briefkasten.

Cassel. Bericht war ohne allgemeines Interesse, außerdem fehlt Unterschrift. Insuper haben wir nicht erhalten.
Strasbourg. Wir haben eine Zuschrift erhalten, doch fehlte der Stempel der Ortsverwaltung.
Vielen Lesern. Wegen Zustellung von „Münchenern“ wenden Sie sich an die Vertrauensleute, denen Postkarten zugegangen sind. Ueber den Inhalt ist Stütz bei den Delegirten zur Generalversammlung zu erfahren.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

- Alötting.** Samstag, 15. Juni, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den 12 Aposteln.
- Augsburg.** Samstag, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, im „Blauen Boot“.
- Bayerreuth.** Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr, bei Obel, im „Heiligen Kreuz“.
- Bergedorf.** Jeden ersten Sonntagabend im Monat, Abends 8 Uhr, bei Ww. Wandte, „St. Peterburg“.
- Bielefeld.** (Allgem.) Samstag, den 15. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Stahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.
- Bodum.** Sonntag, den 16. Juni, Vorm. 11 Uhr, bei Förster, Marktmarkt 12. Berichterstattung von der Generalversammlung.
- Bräunshausen.** Sonntagabend, 15. Juni im Colosseum.
- Cannstatt.** (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 8. Juni, in der „Ente“, Marktstraße.
- Cöthen.** Jeden Sonntagabend nach dem 1. und 15. des Monats, Abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Engel“.
- Darmstadt.** Samstag, den 15. Juni, in „Cramers Bierhalle“, Dieburgerstraße.
- Danzig.** Donnerstag, den 13. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokale Brodbäckergasse 11.
- Dortmund.** (Sektion der Klempner u. Installateure.) Samstag, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, Kampstraße 73.
- Döbeln i. S.** Sonntagabend, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, in Hempels Restaurant.
- Duisburg.** (Allgem.) Sonntagabend, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Hof von Holland“, Oberstraße 6.
- Eilenach.** Freitag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Mann“, Lutherstraße.
- Garmen-Gilberfeld.** Samstag, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Keul, Große Klobbahn 26, Gilberfeld.
- Enden.** Sonntagabend, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Velleue“, Bahnhofstraße.
- Essen.** (Allg.) Freitag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, in Borussia-Säle, Marktstraße.
- Erfurt.** (Allgem.) Sonntagabend, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Gotthardt“, Gotthardtstr. 46.
- Erlangen.** Jeden letzten Samstag im Monat, Abends 8 Uhr bei Schnapp.
- Frankfurt a. M.-Bockenheim.** Samstag, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr für den Bezirk Bockenheim im „Alder“, Frankfurterstraße 53, für Spengler und Installateure bei Stein, Gr. Eichenheimerstraße 23.
- Frankfurt a. M.-Bockenheim.** Freitag, 14. Juni, Abends halb 9 Uhr, für den Bezirk Sachsenhausen, bei Bierheilig, Gr. Rittergasse 56.
- Freiburg i. S.** Jeden Sonntagabend nach dem 1. u. 15. des Monats, Abends 8-10 Uhr Zusammenkunft der Mitglieder.
- Freiburg i. S.** Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr bei Schwanke.
- Gelsenkirchen.** Samstag, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Bielenmeier, Vereinsstraße.
- Grünberg.** Samstag, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Brauerei im Firsich“.
- Halle a. S.** (Klempner u. Installateure.) Sonntagabend, den 8. Juni, Abends halb 9 Uhr, in den „Drei Königen“, II. Ulrichstraße 36.
- Hannover.** (Allgem.) Sonntagabend, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Ballhof“, Burgstraße 9.
- Hannover-Lindern.** (Sektion der Schmiede.) Sonntagabend, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Fiene, Nadenmacherstraße 1.
- Hofst a. M.** Samstag, 15. Juni, Abends 9 Uhr, in der „Sonne“.
- Jena.** (Allg.) Sonntagabend, 15. Juni, Abends 8 Uhr, in der „Krone“, Gricgasse.
- Kalk.** Dienstag, den 11. Juni.
- Karlsruhe.** (Allgem.) Sonntag, 9. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Möhrlein.
- Karlsruhe-Mühlburg.** Sonntag, 9. Juni, Vorm. halb 10 Uhr, in der „Kaiser-Allee“.
- Krefeld.** Samstag, den 15. Juni, Abends 9 Uhr, im Krefelder Bierhaus, Rheinstraße 134.
- Kambercht.** Sonntag, 9. Juni, Nachmittags 3 Uhr bei Nidel in Frankend.
- Kiesel.** Mittwoch, 12. Juni.
- Merseburg.** Sonntag, 16. Juni, Vorm. 11 Uhr, in der „Judenburg“.
- Mühlhausen.** Montag, 10. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Schill, Schmitzstraße 3. Vortrag.
- Nordenham.** Sonntag, 9. Juni, Nachmittags 4 Uhr, bei H. Lappertwein.
- Nürnberg.** (Allgem.) Samstag, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Café Vierl, Prechtelgasse. Berichterstattung der Delegierten von der 5. Generalversammlung.
- Odenburg.** Sonntagabend, den 8. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Wehrkamp, Kurwischstraße.
- Rathenow.** (Einbleiser.) Sonntagabend, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Nefel, Jägerstraße 14.
- Rathenow.** (Schloffer und Maschinenbauer.) Sonntagabend, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Scholz, Jägerstraße 25.
- Regensburg.** Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Ritter“.
- Reuscheid.** Samstag, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Trisch, Bismarckstraße. Wahl von Bezirksvertrauensleuten.
- Reuscheid.** Sonntagabend, den 15. Juni, in der „Barnowstraße“.
- Reuscheid.** Sonntag, 15. Juni, Nachmittags 8 Uhr Zusammenkunft bei Brenner zur kombinierten Versammlung nach Reuscheid.
- Reuscheid.** Sonntagabend, den 15. Juni, in der „Barnowstraße“.
- Reuscheid.** Sonntag, 15. Juni, Nachmittags 8 Uhr Zusammenkunft bei Brenner zur kombinierten Versammlung nach Reuscheid.

- Schnigling-Daos.** Sonntag, den 16. Juni, Vorm. 10 Uhr, bei Fagelant.
- Schw. Hall.** Samstag, den 8. Juni, Abends 8 Uhr, im „Wüdinghaus“, Heilbronnerstraße 83.
- Schw. Grund.** Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr, in der „Kanne“.
- Sehaldobrück.** Sonntagabend, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Jamoni.
- Sehaldobrück.** (Sektion der Gold- u. Silberarbeiter.) Sonntag, 9. Juni, Nachm. halb 5 Uhr, bei Mathies, Poststr. Bericht von der Konferenz.
- Solingen.** Samstag, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr bei v. Geels, Kronenbergerstraße.
- Weissenau.** Jeden 1. und 15. des Monats bei Karl, goldene Luftstraße.
- Werdau.** Sonntag, 16. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im „Burgkeller“ kombinierte Mitgliederversammlung der Orte Glauchau, Meerane, Göhrich, Altenburg, Schmöllen, Grimnitzschau und Werdau. Das Krankentassen-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungswesen. Ref.: Julius Hägendorf, Dresden. Berichterstattung von der Generalversammlung in Riesa. Berichterstattung: Oswald Becker.
- Wiesbaden.** (Allgem.) Samstag, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Koob, Germaniastr. 1.
- Zeitz.** Sonntagabend, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Schindler, Gartenstraße.
- Zerbst.** Samstag, 15. Juni, Abends 8 Uhr, bei Otto Zerckland.
- Zittau.** Sonntagabend, 8. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Bürgergarten“.

- Cassel.** Wohnungswechsel ist sofort beim Kassier oder Schriftführer anzugeben.
- Dresden u. Flug.** Sonntag, 9. Juni Partie per Schiff nach Pillnitz, Meisnische, Porzberg, Borterpfeifen, Modetal. Abfahrt 12 Uhr. Rückfahrt 10 Uhr. Preis der Karte: 70 Pfg.; zu haben im Bureau, Ehrlichstraße 14, bei den Zeitungsboten, in den Bahnhöfen und bei Paal, Pilschen, Bürgerstraße.
- Duisburg.** (Allg.) Sonntag, 9. Juni, im „Hof von Holland“ Familienabend.
- Groß-Schönau.** Der Metallschläger Alwin Köppler, geb. 10. 4. 83 zu Groß-Schönau, B.-Nr. 330320 wird er sucht, seine Adresse an den Bevollmächtigten in Groß-Schönau 492 gelangen zu lassen.
- Hamburg.** (Sektion der Gelbgießer, Glätzer und Schleifer.) Sonntag, 16. Juni großes Sommer-Vergnügen im Lokale des Herrn Schröder, Lindenpark, Volkstedt. Preis: Kegeln und Preisschießen für Herren und Damen, sowie große Kinderbelustigungen und Ball. Abends große Laternenpolonaise.
- Ilmenau.** Richard Gipsrau, Schwanigstr. 15, Bevollmächtigter.
- Karlsruhe-Mühlburg.** Sonntag, 9. Juni, Nachm. 2 Uhr Spaziergang nach Neureuth. Zusammenkunft in der „Kaiser-Allee“.
- Kreuzfeld a. S.** Sonntag, den 9. Juni Ausflug über Lambrecht nach dem Drachensfeld.
- Schwesin i. M.** Diejagd zählt M. Westphal, Ee-straße 11,3, Wochentags von 7-8 Uhr, Sonntags von 12 bis 1 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29, Hamburg).
Kammelsburg. Sonntag, 9. Juni, Nachmittags halb 10 Uhr, im Saale des Herrn Schumann, Köpplern, Kammelsburg, Neue Prinz Albrechtplatz Nr. 70-71. Kasienbericht. Bericht der Ortsverwaltung über ihre Tätigkeit. Wahl der Ortsverwaltung.

Gestorben.

In Jena der Mechaniker Hermann Beckmann, 57 Jahre alt, an Schwindsucht. — In Schnigling-Daos Tobias Fagelant, 39 Jahre alt. — In Köpplern Johann Höpfelder, 27 Jahre alt, an Schwindsucht. — In Traktanten der Schlosser Gust. Kühn aus Danzig, 24 Jahre alt, an Schwindsucht. — In Reuscheid der Werkzeugmacher Ernst Polm, 27 Jahre alt, an Emphysem. — In Rio Grand do Sul der Schlosser Osw. Prager aus Chemnitz, 41 Jahre alt.

Öffentliche Versammlungen.

- Greiz.** Sonntagabend, 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Scharfen Eck“. Referent: Fritz Ehler-Mühlhausen i. Th.
- Hannheim.** (Spengler und Installateure.) Mittwoch, 12. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Lokal zur Volkshilfe Nr. 14. Das Verhalten der Meister-Vereinigung zu den vereinbarten Forderungen. Referent: Kollege Karl Hahn.
- Katzenelnbogen.** Sonntag, 9. Juni, bei Brenner. Ref.: Kollege Spiegel-Dörfel.

Privat-Anzeigen

Inserate werden nur gegen Vorauszahlung angenommen. Der Preis für die dreispaltige Zeile beträgt 50 Pfg.

Wegen Vergrößerung meines Geschäftes für Messwerkzeuge u. techn. Literatur suche einen tüchtigen und soliden Werkzeugmacher, Schlosser, Mechaniker oder sonstigen Metallarbeiter, welcher die Anfertigung kleiner Messwerkzeuge mögl. versteht, als Mitarbeiter mit einer Kapitaleinlage von mindestens 5000 Mk. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche unter **N. P. 9684** an Rudolf Hoff, Halle a. S. [62]

Der Metallarbeiter.

Hilfs- und Nachschlagebuch für Dreher u. Schlosser.
 Enthält Anleitung zum Härten, Bohren, Fräsen und Drehen. Die Zeitberechnung z. Drehen größerer Gegenstände auf der Plandrehbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das konische Drehen mittelst Keilstock u. Support. Gewindeberechnung nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie Gewindetabellen für alle vorkommenden Gewinde, Konstruieren von Zahnräder, sowie Fräsen von Zahnrädern und anderes. [2]
 Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch
Conf. Haas, Köln-Ehrenfeld, Piusstraße 2a.
 1 Stück Mk. 1,80 (auch in Brückmarken) oder per Nachnahme Mk. 2,—, 2 St. 3,60, 3 St. 5,30, 5 St. 8,20 und 10 Stück 16,— bei freier Zusendung. Bei 10 St. 1 Freieemplar.

Marken- und Stempel-Fabrik

Jean Holze

Hamburg, Drehbahn 45. [11]
 Preislisten gratis und franko.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Hinten und vorn am Bund aus einem Stücke gearbeitet. Nietknöpfe und Knappnähte. Feste Leder-Pilottaaschen.
 Die Hose **4 Mk. 50** (Bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.)

Echtblaues Monteur-Jacket, prima glatt Gewebe	1 Mk 90	Prima-Rauchhose, prima	9,—, 5,50
Echtblaues Monteur-Hose, prima glattes Gewebe	1 Mk 50	Gefütterter Rauchhose-Jacket, 2 rethig	13 00
Echtblaues Cöper-Jacket, prima	2 Mk 60	Drell-Jacket, prima Ware, gelbweiß	3, 2 450
Echtblaue Cöper-Hose, prima	2 Mk 10	Drell-Hose, prima Ware, gelbweiß	gut in Wäsche 2, 250, 2 Mk —

Berlin Baer Sohn Berlin

En gros En detail
 Chausseestraße 24 a/25. Brüdenstraße 11.
 Gr. Frankfurterstraße 20.
 Die 16. Preisliste 1901 über gesammte Herren- u. Knabenbekleidung wird gratis und franko verschickt. [8]
 Versandt von 20 Mk an franko. — Bei Bestellungen genügt Angabe der Brust- und Bundweite und Schrittlänge.

Empfehle für [61]
Dreher, Mechaniker etc.
 unter Garantie der Selbsterlernung:
 Gewindeberechnungen à Mk. 1,35. Gewindevortrag Mk. —,30.
 — Räderkala Mk. —,15. — Nachschlagebüchlein Mk. —,50. —
 — Konusberechnungen Mk. 1,30 (mit Messingstäbchen Mk. 1,80). (Dieses in einem Band gebunden Mk. 4,75.)
 Winkel-Tabellen Mk. —,50. Gewinde-Berechnungen (IV. Auflage) Mk. 1,60. — Spitzgewindestahllehren Mk. —,80.
 — Flachgewindestahllehren Mk. 1,20. — Spitz- und Flachgewindestahllehren aus einem Stück Mk. 1,80.
 Vertreter gesucht. — Feine Anerkennungen!
Aug. Loss, Giebichenstein-Halle a. S.

Das von
Frau Anna Hein,
 früh. Oberhebamme a. d. geburtsch. Klinik d. Kgl. Charité zu Berlin verkaufte Buch
„Frauenschatz“
 send. f. 50 P in Brsm. d. Versandhaus hyg. Bedarfsart. v. Frau Anna Hein i. Berlin S. Nr. 206 • Dranienstr. 65.

Achtung! Der Maschinenschloffer Carl Altmann
 aus Buchholz i. S. wird hierdurch aufgefordert den derzeitigen Aufenthalt seinen Eltern oder dem Unterzeichneten mitteilen zu wollen.
Albert Meyer, Dresden N., Königsbrüderstr. 37,4.
 Auch werden die Vertrauensleute ersucht, den Betreffenden aufmerksam zu machen. [63]

Der Klempner **Heinrich Kesselring** aus Erfurt wird gebeten seine Adresse an seine Mutter nach Erfurt, Magdeburgerstraße 27, zu schicken. [64]

Schern's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.
 (Tourenb. f. Radl.) Ueber 2000 Reise-touren. 1 Eisenb.- u. 2 Strassenkarten. Geb. Mk. 1,50.
 Durch J. Schern, Nürnberg, Fürtherstr., u. alle Buchh.